

# THURGAUER FREISINN

## Gemeinsam weiterkommen.

Abstimmen und  
mobilisieren:

Wichtige Abstimmungen  
und Wahlen am 9. Februar  
und 15. März 2020

Wir bleiben dran – jetzt erst recht!



Es geht um viel für die FDPTG am 9. Februar und am 15. März. 119 Kandidierende stellen sich für die Grossratswahlen zur Verfügung. Die 19 Bisherigen und 100 Neuen sind hochmotiviert und bilden alle Alters- und Berufsbereiche ab (im Bild die jüngste Kandidatin Ana Brändli aus Kreuzlingen). 13 Persönlichkeiten kandidieren für die Richterwahlen. In dieser «Freisinn»-Ausgabe erfahren Sie, welche Schwerpunkte unser Regierungsrat Walter Schönholzer schon gesetzt hat und wie er den Thurgau in der nächsten Amtsperiode weiterbringen will. Im Obergericht ist die Ära «Elisabeth Thürer» zu Ende gegangen, die Kantonalpartei sucht eine neue Präsidentin oder einen neuen Präsidenten, und in den Orts- und Bezirksparteien ist einiges gelaufen.  
Seiten 3 bis 11

Die Neugewählten stellen sich vor



Seiten 20 bis 22



## Die Zukunft gestalten

### Für einen starken Freisinn im Thurgau

#### Liebe Freisinnige

Am 9. Februar stimmen wir über eine für unseren Kanton wegweisende Steuervorlage ab, welche die Basis für eine prosperierende Wirtschaft in anspruchsvollem Umfeld legt. Selbstverständlich stellt das den Fiskus auch vor Herausforderungen. Diese lösen wir aber am besten, wenn der Wirtschaftsmotor auf Hochtouren läuft! Kurz darauf wählen wir am 15. März zum ersten Mal gleichzeitig die Regierung und das Parlament. Wir müssen unsere 20 Sitze verteidigen. Die hervorragend besetzten Listen mit 119 Kandidierenden zeigen, wir Liberale bleiben dran! Ebenso wichtig sind die

Regierungsratswahlen. Walter Schönholzer hat auch in schwierigen Zeiten Ruhe und Führungsstärke bewiesen. Er führt anspruchsvolle Dossiers mit Um- und Weitsicht. Es gilt, die Zukunft des Kantons zu gestalten. Wichtige Geschäfte wie die Fachabteilung Energie, die Digitalisierung, Wirtschaftsförderung oder die Swiss Future Farm liegen in den Händen unseres freisinnigen Regierungsrates. Das soll so bleiben. Ich danke Ihnen für Ihre Loyalität zur FDP und die Unterstützung von Walter Schönholzer und unseren Grossratskandidierenden!

Ihr David H. Bon

# Inhalt

- 3–11 Thurgauer Freisinn
- 12/13 Grosses Interview mit Petra Gössi
- 14 Renteninitiative der Jungfreisinnigen
- 15 Regine Sauter zur Renteninitiative
- 16 2. Säule: Vorschläge des Gewerbeverbandes
- 17 2. Säule: Vorschläge des Arbeitgeberverbandes
- 18 Standpunkte: Ökologie gehört zum Freisinn
- 19 Mentoring: Amélie Evard zur Mieterverbandsinitiative
- 20–22 Die Neugewählten stellen sich vor
- 23 Agenda und Parolenspiegel

## Kantonaleil:

Redaktion Thurgauer Freisinn  
Bahnhofstrasse 8 | 8594 Güttingen  
T: 071 672 17 20 | E: info@fdp-tg.ch | www.fdp-tg.ch

## Redaktionsleitung:

Marie-Theres Brühwiler

## Redaktionsteam:

Roli Löw, Peter Mesmer, Sabir Samsi, Hans Weber

## Anzeigen:

Verlag «Regi die Neue» | Peter Mesmer  
T: 079 427 09 76 | E: p.mesmer@regidieneue.ch



## Liebe Freisinnige

Hoffentlich sind auch Sie gut im Jahr 2020 angekommen. Nach dem anstrengenden Wahljahr haben einige Tage Erholung gutgetan, und bereits ist die FDP wieder mit aller Kraft daran, die Weichen für die Zukunft der Schweiz zu stellen. Das tun auch Karin Keller-Suter und Ignazio Cassis, die am 11. Dezember 2019 im Amt bestätigt wurden. Ich bin erfreut, dass das Parlament die Stellung der FDP sowie die klaren Leistungsausweise unserer beiden Bundesräte anerkennt.

## Schwerpunkt Altersvorsorge

Ein zentraler Erfolgsfaktor der Schweiz sind unsere Sozialwerke. Doch wie sollen wir diese in Zukunft finanzieren? Wie sichern wir den zukünftigen Generationen in unserem Land die Rente? In der neuen Legislatur wird das die grosse Frage sein. Deshalb widmen wir unseren Schwerpunkt im ersten «Freisinn» des Jahres 2020 diesen Fragen. So diskutieren wir die Renteninitiative der Jungfreisinnigen, welche eine Gegenidee zu den immer teureren Ideen der Linken in die Diskussion einbringt.

## Nein zur Mieterverbandsinitiative

Von unüberlegten und teuren Ideen ist aber nicht nur bei der Altersvorsorge abzuraten. Am 9. Februar 2020 stimmen wir u. a. über die Mieterverbandsinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» ab. Diese will allen Kantonen ein zentralistisches Korsett auf-

zwingen und die regional eigenständigen Lösungen über den Haufen werfen. Diese sozialistische Vorlage gilt es jetzt mit aller Kraft zu bekämpfen, denn die massiven wie unnötigen Markteingriffe würden zu staatlichen Geistersiedlungen führen.

## Aufbruch!

Natürlich beschäftigen uns auch die Wahlen 2019 noch. An dieser Stelle möchte ich allen Freisinnigen danken, die über Wochen und Monate hinweg viel gearbeitet haben – sei es als Kandidaten, sei es als Wahlhelfer. Mit Maja Riniker, Johanna Gapany und Matthias Michel stellen sich die letzten unserer zehn neuen Fraktionsmitglieder vor. Leider können wir mit dem Wahlergebnis insgesamt nicht zufrieden sein. Wir werden die Lehren daraus ziehen – mehr dazu lesen Sie im Interview. Klar ist: Die FDP hat den Auftrag, die Schweiz in die Zukunft zu führen. Den nehmen wir an.

Brechen wir gemeinsam als Partei in eine neue Zukunft auf. Kämpfen wir für eine liberale Schweiz der Zukunft!

Viel Vergnügen mit der Lektüre wünscht

Ihre Petra Gössi  
Präsidentin FDP.Die Liberalen Schweiz

# Den Thurgau vorwärtsbringen durch Innovation

Dran bleiben – jetzt erst recht!

An der Jahresmedienkonferenz in der Murex Technik AG in Wängi erläuterte Regierungsrat Walter Schönholzer zusammen mit weiteren FDP-Persönlichkeiten, wie der Thurgau durch Innovation weiterkommt.



An der Abstimmung vom 9. Februar geht es für den Thurgau um sehr viel.

«Die FDP ist die einzige bürgerlich-progressive Kraft – und wir sind bereit, auf allen Ebenen Einsatz und Arbeit zu leisten», betont Parteipräsident David H. Bon. «Dranbleiben, jetzt erst recht», lautet die Devise der FDP im Wahljahr 2020. «Fortschritt passiert durch Freiheit und Innovation. Wir befürworten nachhaltige Lösungen zum Schutz von Umwelt, Natur und Landschaft. Diese dürfen aber unsere wirtschaftliche Unabhängigkeit und Entwicklung nicht verhindern», macht der Parteipräsident klar.

## Die nächsten Schritte angehen

«Die Gesellschaft verändert sich insbesondere durch die Digitalisierung rasant», sagt Regierungsrat Walter Schönholzer. Der Gesetzgeber sei gefordert, Schritt zu halten und dadurch Innovationen zu fördern, statt zu verhindern. Mit der einstimmigen Genehmigung des neuen Energiegesetzes hat der Grosse Rat bewiesen, dass er die unter der Führung von Walter Schönholzer erarbeiteten Grundlagen überzeugend mitträgt. «Mehr Energieeffizienz bei Gebäuden, Wachstum bei der Produktion erneuer-

barer Energie, Stärkung vom Eigenverbrauch erneuerbarer Energie bei Unternehmen und Privaten sowie schweizweit den Spitzenplatz bei der E-Mobilität», nennt Walter Schönholzer die konkreten weiteren Zielsetzungen. «Für die wirtschaftliche und monetäre Unabhängigkeit sind optimale Rahmenbedingungen und eine hohe Lebensqualität für die Bevölkerung von grosser Bedeutung. Mit dem Projekt «Leben statt Pendeln» fördern wir gute Ausbildungs- und spannende Arbeitsplätze. Dazu sollen Forschungs- und Bildungsarbeitsplätze ausgebaut sowie die Gründung eines Innovationsfonds geprüft werden.» Führend möchte der Thurgau auch bleiben, wenn es um Bildung, Beratung und Forschung in der Landwirtschaft geht.

## Ja zum Steuerpaket

Die nun vorliegende Steuerreform stehe für einen attraktiven Thurgau, ist Kantonsrätin Kristiane Vietze überzeugt. «Der reduzierte Gewinnsteuersatz entlastet die Wirtschaft. Zudem wird die Ausgangslage für Familien mit der Erhöhung von Kin-

derdrittbetreuungskosten und Ausbildungszulagen sowie Steuergutschriften für Kinder massiv verbessert. Ich ermuntere alle, die Botschaft des Regierungsrates mit Zahlen und Fakten zu studieren ([www.steuerverwaltung.tg.ch](http://www.steuerverwaltung.tg.ch))», appelliert Kristiane Vietze. Die Umsetzung der kantonalen Steuerreform ist für die Frauenfelder Kantonsrätin mehr als «nice to have». «Wir müssen neue Arbeitsplätze in zukunftsträchtigen Branchen schaffen können. Denn die Zahl der ausserhalb des Kantons arbeitenden Bevölkerung hat sich in den letzten 18 Jahren fast verdoppelt, und die Handelsbilanz bewegt sich weiter in der Abwärtsspirale.»

## Lösungsorientiert

«Über die Jahre hat die relative Anzahl der Erwerbstätigen, welche die Renten finanzieren, drastisch abgenommen», macht Nazmije Ismaili, Präsidentin der Jungfreisinnigen, deutlich. Vor 60 Jahren hätten noch sechs Erwerbstätige eine Rente finanziert, heute wären es zirka drei und in 30 Jahren gerade noch zwei Personen. «Wir Jungfreisinnigen fordern deshalb eine nachhaltige Reform der Altersvorsorge.» Das Rentenalter für Frau und Mann soll bis 2032 auf 66 Jahre erhöht sowie anschliessend an die Lebenserwartung geknüpft werden ([www.rentensichern.ch](http://www.rentensichern.ch)). Die FDP habe wenige, dafür umso sinnvollere Vorstösse wie etwa die Regulierungsbremse durchgebracht und nicht zuletzt auch die zur Abstimmung anstehende Anpassung des Steuergesetzes wesentlich mitgeprägt, erläutert Fraktionspräsident Anders Stokholm. «Es braucht einen kraftvollen bürgerlich-liberalen, progressiven Input in Gesellschafts-, Wirtschafts- und Umweltthemen. Mit Walter Schönholzer als amtierendem Regierungsrat und 19 bisherigen Grossräten sowie 100 weiteren Kandidierenden sind die Aussichten sehr gut, dass das liberale Original auch in Zukunft die Geschicke des Kantons massgeblich mitprägen wird.»

## Marie-Theres Brühwiler

Bild Titelseite Jahresmedienkonferenz

## Innovation und Ökologie

Die von Ivo Schmid geführte Murex Technik AG realisierte das erste nach Minergiestandard erstellte Industriegebäude im Kanton Thurgau. 90 Prozent der produzierten Extruderschnecken und weiteren Maschinenteile für die Kunststoff-Verarbeitungsindustrie werden exportiert. Das in einer Nische tätige Unternehmen hat sich nicht zuletzt dank der Bemühungen der Thurgauer Wirtschaftsförderung im Kanton angesiedelt, beschäftigt heute 35 Mitarbeitende, wovon 14 an der Firma beteiligt sind, und bildet Fachkräfte aus.

# 119 hochmotivierte Persönlichkeiten für den Grossen Rat

Die FDP Thurgau steigt mit deutlich mehr Kandidatinnen und Kandidaten als bei den letzten Grossratswahlen ins Rennen. 19 Bisherige und insgesamt 119 Frauen und Männer stellen sich am 15. März 2020 zur Wahl. Die Kandidierenden auf den Listen 5 decken alle Alters- und Berufsgruppen sowie die urbanen und ländlichen Räume ab. Unter den topqualifizierten und hochmotivierten Persönlichkeiten befinden sich viele gestandene Polit-Persönlichkeiten sowie erfreulich viele aufstrebende Nachwuchspolitikerinnen und -politiker.



### Bezirk Arbon Liste 5

#### Bisher:

David H. Bon, alt Stadtpräsident, Executive MBA, Romanshorn, 1967  
Daniel Eugster, Haustechnik-Unternehmer, Freidorf, 1973  
Viktor Gschwend, Unternehmer, Gärtner, Neukirch, 1963  
Brigitte Kaufmann, Kommunikationsberaterin, alt Gemeindepräsidentin, Uttwil, 1958

#### Neu:

Dean Kradolfer, Dr. iur. RA, Fachanwalt SAV Erbrecht, Mediator SAV, Amriswil, 1975  
Priska Lang, Haus-/Kauffrau, Gemeinderätin, Egnach, 1959  
Michael Raduner, Geschäftsführer, Horn, 1958  
Markus Villiger, Schulleiter, Lehrer, Romanshorn, 1964  
Arife Asipi, Juristin, Amriswil, 1989  
Daniel Aerne, Unternehmer, Arbon, 1967  
Thomas Bischofberger, Versicherungs- und Vorsorgespezialist, Amriswil, 1964  
Rebecca D'Antuono-Bräm, Buchhalterin mit eidg. FA, Leiterin Finanzen, Horn, 1969  
Karin Ettlinger, akademischer Mentalcoach, Entertainerin, Romanshorn, 1967  
Philipp Gemperle, Leiter Kommunikation, Vize-Stadtpräsident, Romanshorn, 1985  
Raphael Heer, Vertriebsingenieur, Arbon, 1962  
Samra Ibric, Juristin/Doktorandin, Arbon, 1990  
Thomas Krois, IT-Projektleiter, Gemeinderat, Uttwil, 1991  
Gabriel Macedo, Stadtpräsident, Amriswil, 1989  
Thomas Schnyder, Hauptagent, Horn, 1970  
Erich Schrepfer, Geschäftsführer, Amriswil, 1962  
Christine Schuhwerk, Gewerblerin, Arbon, 1961  
Sabir Sems, dipl. Pflegefachmann HF, Romanshorn, 1997  
Patrik Stacher, Datenanalyst, Teilzeit-Master, Neukirch, 1994  
Cyrill Stadler, Vermögensverwalter, Veranstalter, Arbon, 1974  
Helen Stahel, Unternehmerin, Amriswil-Oberaach, 1987  
Marina Vögeli-Cazzaro, Kundenbetreuerin, Arbon, 1971  
Marc Widler, Geschäftsführer, Executive MBA, Roggwil, 1978

### Bezirk Frauenfeld Liste 5

#### Bisher:

Anders Stokholm, Stadtpräsident, Frauenfeld, 1966

Kristiane Vietze, lic. oec. publ. dipl. Wirtschaftsprüferin, Frauenfeld, 1968  
Ruth Kern-Brüschweiler, eidg. dipl. Apothekerin FPH, Frauenfeld, 1954  
Jörg Schläpfer, Dr. sc. ETH Leiter Makroökonomie, Frauenfeld, 1984  
Andreas Wenger, Leiter Personal und QM, Diessenhofen, 1967

#### Neu:

Roland Studer, Unternehmer, Treuhänder mit eidg. FA, Schlattigen, 1961  
Martina Pfiffner Müller, Unternehmensberaterin/Geschäftsinhaberin, Gachnang, 1974  
Stefan Hanselmann, eidg. dipl. Geschäftsführer, Müllheim Dorf, 1966  
Claudio Bernold, Schulleiter, Gemeinderat, Frauenfeld, 1970  
Elisabeth Sulger Büel, Dr. med. vet. Tierärztin/Projektmanagerin/Coach, Eschenz, 1955  
Dominique Bossert, Kauffrau Finanzen, Gemeinderätin Finanzen, Schlatt, 1971  
Alex Blumer-Stettler, Kaufm. Angestellter, Frauenfeld, 1968  
Monika Ribi Bichsel, Kauffrau, Gemeinderätin, Mammern, 1970  
Christoph Aeschbacher, Rechtsanwalt, M.A. HSG, Stettfurt, 1981  
Roman Schefer, Malermeister/Unternehmer, Frauenfeld, 1973  
Maurits Reinaerts, dipl. el. Ing. ETH, Frauenfeld, 1970  
Alen Kalender, Leiter Einkauf, Eschenz, 1980  
Jonathan Hedinger, Schulleiter/Betriebsökonom, Gachnang, 1982  
Freddy Abegg, dipl. Hotelier/Restaurateur, Schlatt, 1973  
Reto Brunschweiler, Berufsoffizier, Frauenfeld, 1969  
Stefan Dähler, lic. oec. HSG, Unternehmer, Strategieberater, Frauenfeld, 1960  
Urs Forster, Gemeindepräsident, Müllheim Dorf, 1968  
Ronald Hofmann, Head of Engineering, Eschenz, 1967  
Fabrizio Hugentobler, PR-Fachmann, Stadtrat, Frauenfeld, 1970  
Katharina Iseli Bürgi, dipl. Hebamme FH, Gachnang, 1974  
Nazmije Ismaili, Produktmanagerin Versicherung, Präsidentin jfsg TG, Frauenfeld, 1989  
Roman Pulfer, Rechtsanwalt lic. iur., Stadtpräsident, Steckborn, 1983  
Bernhard Rieder, lic. phil., Historiker, stellv. Geschäftsführer, Frauenfeld, 1976  
Marcel Ruchet, dipl. Steuerexperte, Betriebsökonom FH, Richter, Gachnang, 1976  
Daniel Widmer, Gemeinderat, Gachnang, 1983  
Kathrin Widmer Gubler, Unternehmerin, Mutter, RA ic. iur., B.A. HSG, Frauenfeld, 1974  
Franz Zaugg, Betriebsökonom, dipl. oek., TU-HSG, Gemeinderat Homburg, Gündelhart, 1968





### Bezirk Kreuzlingen Liste 5

#### Bisher:

*Beat Pretali*, Wirtschaftsingenieur, Projektleiter, ehem. Gemeindeammann, Altnau, 1964  
*Beat Rüedi*, Rechtsanwalt, Kreuzlingen, 1962  
*Cornelia Zecchin*, eidg. dipl. PR-Beraterin, Präsidentin Bürgergemeinde, Kreuzlingen, 1960  
*René Walther*, Gemeindepräsident, Landschlacht, 1969

#### Neu:

*Attila Wohlrab*, eidg. dipl. Immobilienreuhänder, Geschäftsführer, Kreuzlingen, 1968  
*Michael Thurau*, Unternehmer, Selbständiger Treuhänder, Bottighofen, 1964  
*Giovanni Crupi*, dipl. Elektroingenieur FH, Fruthwilen, 1966  
*Alexander Salzmann*, lic. rer. publ. HSG, eidg. dipl. Wirtschaftsprüfer, Gemeinderat, Kreuzl., 1973  
*Fabrizio Ribezzi*, Gastronom, Kreuzlingen, 1963  
*Michael Käppeli*, Leiter IT, Langrickenbach, 1974  
*Urs Giezendanner*, Unternehmer, Ermatingen, 1963  
*Beat Suter*, Gartenbauer, Unternehmer, Altnau, 1965  
*Ana Judith Brändli*, Schülerin (FMS), Kreuzlingen, 2002  
*Concetta Critelli*, Immo.-Vermarkterin/-Bewirtschafterin mit eidg. FA, Kreuzlingen, 1980  
*Susan Danubio*, Pflegeexpertin MScN, Vorstand Spitex, Kreuzlingen, 1984  
*Gerd Ganteför*, Universitätsprofessor (Physik), Landschlacht, 1956  
*Thomas Gut*, Unternehmer für KMU Kommunikation, Scherzigen, 1974  
*Thomas Leu*, Rechtsanwalt, Präsident HEV Region Kreuzlingen, Mannenbach, 1977  
*Thomas Niederberger*, Stadtpräsident, Kreuzlingen, 1970  
*Bianca Rühle*, Marketingleiterin, Kreuzlingen, 1968  
*Thomas Walter*, Unternehmer, Ermatingen, 1960  
*Barbara Jäggi*, Betriebswirtschafterin HF, Kreuzlingen, 1969  
*Patrik Hugelshofer*, Unternehmer, Gemeinderat, Bottighofen, 1977

### Bezirk Münchwilen Liste 5

#### Bisher:

*Bruno Lüscher*, ehem. Gemeindeammann, Aadorf, 1951  
*Cornelia Hasler-Roost*, Projektleitung, Fachfrau Marketing/Kommunikation, Aadorf, 1968



#### Neu:

*Harald Stehrenberger*, lic. oec. HSG Geschäftsführer IT-Unternehmung, Rickenbach, 1962  
*Lukas Weinappl*, Rechtsanwalt, Schulpräsident, Münchwilen, 1986  
*Thomas Goldinger*, Gemeindepräsident, Wängi, 1974  
*Manuela Fritschi*, Gemeindeschreiberin, Eschlikon, 1977  
*Ramon Weber*, Student BWL, Tuttwil, 1999  
*Dario Holenstein*, Anlagenplaner, Balterswil, 1999  
*Urs Thalmann*, Transport-Unternehmer, Aadorf, 1961  
*Nina Schüler-Widmer*, Berufsrichterin, Braunau, 1974  
*Fabian Koch*, Student der Rechtswissenschaften, Aadorf, 1998



### Bezirk Weinfelden Liste 5

#### Bisher:

*Max Vögeli-Fluri*, Stadtpräsident, Weinfelden, 1957  
*Heidi Grau-Lanz*, Gemeindepräsidentin, Verwaltungsökonomin, Zihlschlacht, 1958  
*Andreas Opprecht*, Gemeindepräsident, Sulgen, 1974  
*Roland Manser*, Key Account Manager, Märstetten, 1970

#### Neu:

*Daniel Borner*, Verbandsdirektor, Betriebswirtschafter HF, Weinfelden, 1964  
*Martin Brenner*, Organisator, selbständiger Unternehmer, Weinfelden, 1973  
*Michèle Strähl-Obrist*, lic. iur., selbständige Rechtsanwältin, Weinfelden, 1980  
*Christoph Maurer*, eidg. dipl. Wirtschaftsinformatiker, Geschäftsleitungsmitglied, Bischofszell, 1964  
*Maike Scherrer*, Dozentin, Schulpräsidentin, Hosenruck, 1978  
*Markus Schönholzer*, El. Ingenieur FH, Geschäftsleitungsmitglied, Weinfelden, 1976  
*Max Staub*, Marktleiter, Detailhandelsökonom, Gemeinderat, Schönenberg, 1973  
*Peter Stern*, Gemeindepräsident, Mattwil, 1966  
*Sascha Thür*, Unternehmer, Weinfelden, 1971  
*Dominique Bornhauser*, Sekundar- und Berufsschullehrerin, Weinfelden, 1991  
*Innocenzo Castaldi*, dipl. Bau-Ing. HTL/SIA, Geschäftsführer, Weinfelden, 1975  
*Priska Schönenberger Kopp*, Juristin, BLaw HSG, Geschäftsführerin, Schmidshof, 1963  
*Dominik Bosshart*, Betriebswirtschafter HF, Projektleiter, Gemeinderat, Kradolf, 1984  
*Enrique Castelar*, Versicherungskaufmann i. A., Weinfelden, 2000  
*Pascale Fässler*, Marketingfachfrau, Verkaufskordinatorin FA, Stadträtin, Bischofszell, 1968  
*Roger Fanetti*, Unternehmer, Marketingfachmann, Gemeinderat, Zihlschlacht, 1975  
*Michael Frick*, Wirtschaftsingenieur FH, Geschäftsleitungsmitglied, Otterberg, 1974  
*Heinz Gfeller*, Geschäftsführer, Sulgen, 1956  
*Christian Hinterberger*, Unternehmer, Gemeinderat, Sitterdorf, 1985  
*Sibylle Moopanar*, Primarlehrerin, Militärrichterin, Wilen-Gottshaus, 1987  
*Elisabeth Schumacher*, Sekundarlehrerin, Schulleiterin, Weinfelden, 1969  
*Thomas Wieland*, Schulpräsident, Produktionsleiter, Weinfelden, 1966

# Einstimmige Nomination von Walter Schönholzer

## und deutliches Ja zur Steuervorlage

83 Thurgauer Freisinnige besuchten die erste Mitgliederversammlung des Jahres 2020 im «Thurgauerhof», Weinfelden.

Parteipräsident David H. Bon zeigte sich hoch erfreut über den grossen Aufmarsch der FDP-Mitglieder, darunter viele Amtsträger und Kandidierende für die bevorstehenden Grossrats- und Richterwahlen. Einstimmig und mit langanhaltendem Applaus nominierten die Stimmberechtigten Regierungsrat Walter Schönholzer für die Gesamterneuerungswahlen vom 15. März.

### Mut, Loyalität und Mobilisierung gefordert

In einer kritischen Kurzanalyse blickte David H. Bon auf die ernüchternden Nationalratswahlen zurück. Die grossen Verluste in traditionellen FDP-Stammlanden hätten trotz sehr guter 12904 Stimmen zur Abwahl von Hansjörg Brunner geführt. Insgesamt hätten 3447 Stimmen gefehlt, obwohl teils hervorragende Resultate auch von einigen Newcomern zu verzeichnen waren. Bon lobte das

grosse Engagement aller Kandidierenden. Eine Abwanderung zur GLP habe wider Erwarten nicht stattgefunden, dagegen aber die Listenverbindung mit der SVP leider nicht den erhofften Effekt gebracht. Durch das Panaschierverhalten zugunsten der SVP sei das Wanderungs-Plus von 1,2 Prozent zugunsten der FDP wieder aufgehoben worden. Dazugekommen sei eine Wählerwanderung zu den Grünen mit überdurchschnittlich vielen Neuwählern. Mit der FDP-Klima- und -Umweltpolitik befinde man sich grundsätzlich auf dem richtigen Weg. Dabei gelte es aber, glaubwürdig zu bleiben. Vor allem müsse man unbedingt konkreter werden. Bon ist der Meinung, dass sich die traditionellen FDP-Wählerinnen und -Wähler unter anderem in der Sicherheits-, Ausländer- und EU-Politik nicht abgeholt fühlen. Gerade bei diesen Themen fordert er von der FDP Schweiz ein klareres Profil mit un-

missverständlichen, glaubwürdigen Botschaften. Dazu gehöre auch der Mut, dann und wann anzuecken und Klartext zu reden, um auf sich aufmerksam zu machen. Als enorm wichtig erachtet der Parteipräsident das Gewerbe. Dabei dürfe aber nicht vergessen werden, dass grosse Wählersegmente im Angestelltenverhältnis stehen, unter anderem auch in der Verwaltung, im Bildungs- und Gesundheitswesen. Diese potenziellen Wählerinnen und Wähler müssten zukünftig unbedingt besser abgeholt werden. David H. Bon richtete zum Schluss seiner Ausführungen einen Appell an die Mitglieder: «Loyalität und Mobilisierung sind die Schlüssel für den Erfolg bei Wahlen! Einzelinteressen haben da nichts verloren, diese kann man bei Abstimmungen zum Ausdruck bringen.»

### Für einen attraktiven Thurgau

Das von Kantonsrätin Kristiane Vietze vorgestellte Steuerpaket, welches für einen attraktiven Thurgau steht und gleichermassen Arbeitsplätze sichert und Familien entlastet, erhielt beinahe hundertprozentige Zustimmung. Etwas weniger deutlich sprachen sich die Thurgauer Freisinnigen für die «Änderung des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes» (Diskriminierung und Aufruf zu Hass aufgrund der sexuellen Orientierung) aus. Dies, nachdem sie von Primarlehrerin und Militärrichterin Sibylle Moopanar die vorgesehenen Änderungen erklärt bekamen. Gegen die von Attila Wohlrab, eidg. dipl. Immobilienreuhänder, erläuterte Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» fassten die 83 anwesenden Mitglieder einstimmig die Nein-Parole.

### Topqualifizierte und hochmotivierte Persönlichkeiten

Im Hinblick auf die Kantonsratswahlen vom 15. März gelte es als Minimalziel, die 20 Sitze zu verteidigen. David H. Bon zeigte sich zuversichtlich: «Ich freue mich, dass sich 119 topqualifizierte und hochmotivierte Persönlichkeiten, welche sämtliche Berufs- und Altersgruppen sowie die urbanen und ländlichen Räume abdecken, der Wahl stellen.» Ihnen und den Kandidierenden für die Richterwahlen vom 9. Februar 2020 dankte der Parteipräsident für ihre Bereitschaft und wünschte ihnen viel Erfolg. Daniel Borner, Mitglied der Parteileitung und Finanzverantwortlicher, präsentierte sodann das praktisch ausgeglichene Budget 2020, welches einstimmige Genehmigung erfuhr. Der Abschluss gehörte dem Nachwuchs. Ramon Weber, Vizepräsident der Jungfreisinnigen TG, setzte sich auf erfrischende und selbstbewusste Art und Weise für die von den Jungfreisinnigen CH lancierte Renteninitiative ein, welche das Sorgenthema Nummer eins der Schweizer Bevölkerung ernst nimmt und die Renten nachhaltig sichern will.

Peter Mesmer



Überzeugten die Mitglieder: Ramon Weber, Daniel Borner, Kristiane Vietze, Walter Schönholzer, Sibylle Moopanar und David H. Bon (auf dem Bild fehlt Attila Wohlrab).



## «Ich bin der Partei für den Rückhalt dankbar»

Interview mit Walter Schönholzer

**Die Mitglieder der FDP. Die Liberalen Thurgau haben dich am 7. Januar einstimmig zur Wiederwahl nominiert. Aus verschiedenen Gesprächen war ersichtlich, dass du bei den Parteimitgliedern überaus grosses Vertrauen genießt. Was bedeutet dir diese Unterstützung?** Weil man als Regierungsmitglied gegen aussen konsequent die Meinung des Gesamtregierungsrats vertritt, ist das Wissen um den Rückhalt in der eigenen Partei und Fraktion sehr wichtig. Gerade wenn eine Entscheidung in der Öffentlichkeit kontrovers diskutiert wird oder gar ein «Shitstorm» über einen hereinbricht, weiss man, wie viel dieser Rückhalt wert ist. Ich bin meiner Partei FDP. Die Liberalen für diesen Rückhalt sehr dankbar.

**Regierungsrat bist du seit dem 1. Juni 2016. Als Vorsteher des anspruchsvollen Departements für Inneres und Volkswirtschaft (DIV) trägst du eine grosse Verantwortung. Kannst du uns einen Einblick in deine Aufgabenbereiche geben?** Jedes Departement ist anspruchsvoll, jedes einzelne Regie-

rungsmitglied und das Gesamtgremium tragen eine grosse Verantwortung. Man ist dabei jedoch nicht auf sich allein gestellt, denn im Departement verfügt man über sehr gute Amtsleiterinnen und Amtsleiter sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Eine besonders wichtige Rolle nimmt dabei das Generalsekretariat ein. Ich sehe meine Rolle in erster Linie als Stratege, Coach, Motivator und als einer, der im richtigen Moment die richtigen Fragen stellt und so auch inspirierend wirken kann. Dabei ist mir der Kontakt mit der Bevölkerung und der Wirtschaft – also zur Basis – sehr wichtig. Dies ist gerade im DIV, wo so viele verschiedene Aufgaben zusammenkommen, besonders wichtig. Zum DIV gehören das Amt für Wirtschaft und Arbeit unter anderem mit den RAVs, der Arbeitslosenkasse, die Wirtschaftsförderung und der Tourismus, das Amt für Informatik, das Amt für Geoinformation, das Landwirtschaftsamt, das BBZ Arenenberg, das Veterinäramt, das Staatsarchiv, die Abteilung Energie und die Abteilung Öffentlicher Verkehr.

**Der Regierungsrat steht im Fokus der Medien und der Öffentlichkeit. Das hast du ja mit dem «Fall Hefenhofen» am eigenen Leib erleben oder vielleicht besser ausgedrückt erleiden müssen. Wie beurteilst du das Ganze im Rückblick und wie ist es dir gelungen, die teilweise sehr ungerechtfertigten Kritiken auszuhalten?** Es ist nichts so schlecht, dass es nicht auch wieder etwas Gutes hätte. Nur mit dem grossen medialen Druck war es möglich, den «Fall Hefenhofen» so umfassend und endgültig zu lösen. Die Kritik gegenüber meiner Person, angesichts der jahrelangen Geschichte dieses äusserst komplexen Falles und meiner damals erst kurzen Amtsdauer, war sehr bitter. Am schlimmsten waren aber die vielen anonymen Anfeindungen vermeintlicher Tierschützer mir und sogar meiner Familie gegenüber. Aushalten lässt sich so eine aussergewöhnliche Situation nur dank grossem Rückhalt der Mitarbeitenden, der Regierungskolleginnen und -kollegen, der Familie und Freunde.

**Was sind die grössten Herausforderungen, welche die Regierung in den kommenden vier Jahren beschäftigen wird, und was hast du dir persönlich vorgenommen?** Die rasant fortschreitende Digitalisierung stellt Gesellschaft und Wirtschaft vor enorme Herausforderungen. Sie löst teilweise grosse Unsicherheiten aus, beinhaltet aber auch enorme Chancen. Diese gilt es zu nutzen. Die demografische Entwicklung mit der anstehenden «Pensionierungswelle» wird den Fachkräftemangel in Wirtschaft und Verwaltung noch deutlich verschärfen. Das Verhältnis mit der Europäischen Union als unserem wichtigsten Wirtschaftspartner zu regeln und zu normalisieren, erscheint mir als die vordringliche nationale Aufgabe. Umweltthemen und die Umstellung auf erneuerbare Energien bei voller Versorgungssicherheit und die Raumplanung sind weitere sehr wichtige Themen der nächsten Jahre. Ich will engagiert und motiviert meinen Beitrag zur erfolgreichen Bewältigung dieser und weiterer Herausforderungen nach bestem Wissen und Gewissen leisten.

**Die FDP blickt auf ein schwieriges Jahr zurück. Was muss sich deiner Meinung nach ändern, damit verlorene Wähleranteile zurückgewonnen werden?** Wir müssen die Sorgen der Menschen in unserem Kanton ernst nehmen und aufzeigen, mit welchen konkreten Taten wir Lösungen in der Vergangenheit erarbeitet haben und vor allem in Zukunft erarbeiten wollen. Dabei steht für mich ein freies, innovatives Umfeld, vor der Lenkung mittels Verboten, im Vordergrund. Die FDP muss ihren Werten und Kernkompetenzen treu bleiben, aber eben auch Rezepte für die neuen Herausforderungen der heutigen Zeit finden und diesen zum Durchbruch verhelfen.

**Interview: Peter Mesmer**

# Wechsel im Präsidium

David H. Bon tritt nicht zur Wiederwahl an

David H. Bon wird im Juni 2020 nicht zur Wiederwahl als FDP-Parteipräsident des Kantons Thurgau antreten. David H. Bon, der die FDP Thurgau in den letzten vier Jahren umsichtig geführt hat, stellt das Parteipräsidium auf das Ende der laufenden Amtsperiode zur Verfügung.

Die FDP Thurgau dankt David H. Bon für sein grosses Engagement und freut sich, dass er als Kantonsrat und hervorragend vernetzter Regionalpolitiker seine intelligente, eindrucksvolle Arbeit im Grossen Rat fortsetzen möchte. Der 52-Jährige strebt in der Thurgauer Legislative bereits seine vierte Amtsperiode an. Zur Suche seiner Nachfolge hat die Parteileitung eine Findungskommission eingesetzt. (mtb)

## Offenes Nachfolge-Verfahren

David H. Bon wird sich bedauerlicherweise am 25. Juni 2020 nicht mehr zur Wiederwahl als Präsident der FDP Thurgau zur Verfügung stellen. Die von der Parteileitung eingesetzte Findungskommission hat ein Anforderungsprofil erstellt und wird mögliche Nachfolgerinnen und Nachfolger persönlich angehen. Das Verfahren ist jedoch offen gestaltet.

Interessentinnen und Interessenten sind deshalb herzlich eingeladen, mit der Findungskommission Kontakt aufzunehmen und ihr Motivationsschreiben bis spätestens Ende März 2020 einzureichen. Für Fragen steht Anders Stokholm, Vorsitzender der Findungskommission, gerne zur Verfügung ([fraktion@fdp-tg.ch](mailto:fraktion@fdp-tg.ch)).

## Persönliche Mitteilung

### Liebe Freisinnige

Im Juni 2020 stehen die regulären Erneuerungswahlen für die kantonale Parteileitung an. Es wird im Vorstand der FDP. Die Liberalen Thurgau verschiedene Veränderungen geben. Auch ich habe mich für eine Veränderung entschieden und stelle das Amt des Parteipräsidenten mit Ende der Legislatur zur Verfügung. Diese Entscheidung treffe ich aufgrund von anstehenden beruflichen Veränderungen. Zudem konnte ich in den letzten vier Jahren viele der von mir gesteckten Ziele erreichen.

Der Zeitpunkt der regulären Erneuerungswahlen scheint mir auch für die Partei sinnvoll. Es besteht so einerseits Zeit für eine ruhige und ordentliche Amtsübergabe und andererseits auch für eine längere Einarbeitungszeit, bevor es in zwei Jahren schon wieder an die Vorbereitung der nächsten Wahlen geht. Mit einem rechtzeitigen Rücktritt kann Platz für eine neue Persönlichkeit gemacht

werden, welche die Partei mit frischem Wind in die Nationalratswahlen 2023 führen kann.

Die Parteileitung hat eine Findungskommission eingesetzt. Gemeinsam mit der Partei- und der Geschäftsleitung werde ich basierend auf der Verfügbarkeit der Nachfolgerin oder des Nachfolgers für die Sicherstellung der geordneten Amtsübergabe besorgt sein.

Seien Sie versichert, dass ich mich auch weiterhin bis zur erfolgten Amtsübergabe mit voller Energie und innerer Überzeugung für die FDP. Die Liberalen Thurgau und die liberalen Anliegen im Kanton einsetzen werde. Ich würde die FDP auch gerne weitere vier Jahre im Grossen Rat vertreten und gehe entsprechend motiviert in den anstehenden Wahlkampf. Für Ihr Vertrauen, den regen Austausch und Ihre Unterstützung danke ich Ihnen herzlich.

David H. Bon



Andreas Breitenmoser, Nina Schüler-Widmer und Simon Wetter kandidieren im Bezirk Münchwilen.

Richter-Wahlen vom 9. Februar 2020

## Unsere Kandidierenden

### Bezirk Arbon

#### Bisher:

- Berufsrichterin **Silke Sutter Heer**, lic. iur., Berufsrichterin, Arbon, 1964

#### Neu:

- Nebenamtliches Mitglied **Rolf Städler**, Unternehmensberater M&A, Arbon, 1965

### Bezirk Frauenfeld

#### Neu:

- Präsident **René Hunziker**, lic. iur. HSG, Rechtsanwalt, Bezirksrichter, Frauenfeld, 1971

#### Bisher:

- Nebenamtliches Mitglied **Marianna Frei-Bachmann**, Gemeindepräsidentin, Schlatt, 1962
- Ersatzmitglied **Carinne Ruchet**, Betriebsökonomin FH, Gachnang, 1979

### Bezirk Kreuzlingen

#### Bisher:

- Berufsrichter **Jürg Roth**, MLaw, Rechtsanwalt, Gottlieben, 1979
- Ersatzmitglied **Enzo Schrembs**, Unternehmer, Wirtschaftsjurist, Kreuzlingen, 1981

### Bezirk Münchwilen

#### Bisher:

- Berufsrichterin **Nina Schüler-Widmer**, lic. iur., Berufsrichterin, Braunau, 1974
- Ersatzmitglied **Simon Wetter**, Betriebsökonom, Wilen, 1974

#### Neu:

- Nebenamtliches Mitglied **Andreas Breitenmoser**, dipl. Wirtschaftsingenieur, St. Margarethen, 1964

### Bezirk Weinfelden

#### Bisher:

- Berufsrichterin **Claudia Spring**, lic. iur., Rechtsanwältin, Weinfelden, 1977
- Nebenamtliches Mitglied **Hermann Grünig**, Rektor, Otterberg, 1954

#### Neu:

- Ersatzmitglied **Beat Bollinger**, Bankleiter, Betriebsökonom FH/EMBA, Weinfelden, 1974



## Am Obergericht geht eine Ära zu Ende

Elisabeth Thürer sagt Adieu

Die FDP Thurgau dankt Elisabeth Thürer für ihre langjährige, vielseitige und hervorragend geleistete Arbeit in Justiz, Politik und Gesellschaft und wünscht ihr für den neuen Lebensabschnitt alles Gute!

Bei Elisabeths Berufswahl spielte Familientradition eine gewisse Rolle. Heute ist sie froh, dass sie Juristin und nicht Ärztin geworden ist; denn der

Beruf des Arztes sei heute weit eingeschränkter als jener des Juristen. Das Studium der Jurisprudenz bietet eine grosse Palette beruflicher Möglichkei-

ten. Elisabeth erwarb danach sofort das Anwaltspatent und nahm eine Stelle in der Verwaltung an. Das Richteramt ist für sie eine faszinierende Tätigkeit, geht es doch darum, das Paragrafen-Konstrukt der Justiz mit menschlichen Qualitäten wie Fairness, Einfühlungsvermögen und Anstand umzusetzen. Die Übernahme von leitenden Funktionen machte das Richteramt für Elisabeth noch interessanter, denn so konnte sie ihre Anliegen noch besser vertreten. Mindestens so wichtig wie die Herstellung von Gerechtigkeit war ihr immer der Rechtsfrieden. Sie liess sich daher zur Mediatorin ausbilden. Jede gelungene Vermittlung zwischen den Parteien bereitete ihr Freude – und positive Rückmeldungen erst recht.

Elisabeth war die erste Berufsrichterin am Obergericht und musste sich als solche zunächst beweisen, besonders bei Angehörigen fremder Kulturen. Nach ihrer Erfahrung halfen ihr dabei die ersten grauen Haare. Für einige wurde sie dadurch von der Frau zur Mutter und damit zur Respektsperson. Eine grosse Lebenserfahrung ist für Elisabeth eine wichtige Voraussetzung für das Richteramt. Je mehr Lebensbereiche, soziale Schichten, Altersgruppen und Kulturen jemand kennt, desto grösser die Eignung für richterliche Tätigkeit. Das ist auch der Grund, warum sich Elisabeth neben dem Beruf auch in der Politik und in vielen sozialen Institutionen engagierte. So vertrat sie die FDP Frauenfeld von 1987 bis 2007 im Gemeinderat der Stadt und präsidierte diesen 2006/07. Wer immer so aktiv war wie Elisabeth, bleibt es auch nach der Pensionierung. Sie plant eine ehrenamtlich betriebene unentgeltliche Anlaufstelle für «nicht verstandene Behördensprache». Die hierfür nötige Infrastruktur hofft sie bei der Stadt Frauenfeld zu erhalten.

**Hans Weber**  
Redaktionsmitglied Freisinn

## Weit mehr als ein Beruf

Elisabeth Thürer verbrachte ihre ersten Lebensjahre in Mollis und machte 1973 die Matura in Winterthur. In rekordverdächtig kurzer Zeit studierte sie Jurisprudenz und verfasste eine Dissertation zur Geschichte des Jagdwesens. 1979 zog sie in den Thurgau, wo sie sich in Departementen und Staatskanzlei rasch einen Namen als tüchtige Juristin machte. Mit gerade mal 27 Jahren erlangte sie das Anwaltspatent. Massgeblich beteiligt war sie an den Vorarbeiten zur Totalrevision der Kantonsverfassung, wofür ihr Philipp Stähelin in seinem Wegweiser durch die Thurgauer Verfassung ausdrücklich dankte. 1984 wurde Elisabeth Thürer zur ersten Verwaltungsgeschichtsschreiberin gewählt und 1991 mit

einem Glanzresultat als erste Frau überhaupt zur ersten vollamtlichen Oberrichterin im Kanton Thurgau. Nach dem damaligen System wurde sie 2. Vizepräsidentin, später Vize Nummer 1 und nach der Abschaffung des zweiten Vizepräsidiums die Vizepräsidentin des Obergerichts. Als solche übernahm sie per 1. Januar 2011 den Vorsitz der damals neu geschaffenen 2. Abteilung. Nach 28 Jahren ununterbrochener, verdienstvoller Richtertätigkeit trat Elisabeth Thürer von ihrem Amt zurück. Mit ihrem Übertritt in einen neuen Lebensabschnitt verliert die Thurgauer Justiz eine sehr menschliche, juristisch versierte und engagierte Richterin, die ihr Amt stets als Berufung und nicht als blosser Berufsausübung

verstanden hat. Dabei lag Elisabeth Thürer nebst der gerechten Entscheidung die Konfliktlösung durch Vergleiche, die den Bedürfnissen der betroffenen Menschen optimal Rechnung trugen, besonders am Herzen; und so hat sie bei so mancher Scheidung mehr Rechtsfrieden gestiftet, als es durch ein Urteil je möglich gewesen wäre. Dafür kam ihr nebst ihrer Empathie ihre umfassende Ausbildung zur Mediatorin zustatten. Elisabeth Thürer verkörperte mit ihrer integren, bescheidenen Art und ihrer hohen Professionalität geradezu das Idealbild einer Richterin. Treffend beschrieb sie sich selber auf der Internetseite der FDP Frauenfeld als eigenständig, verantwortungsvoll und fair.

**Dr. Marcel Ogg**  
Vizepräsident des Obergerichtes



FDP Amriswil

## Neujahrs-Apéro 2020

Zu Gast bei der Krattiger Holzbau AG in Amriswil durfte Präsident Thomas Bischofberger rund 60 Mitglieder und Freunde der FDP Amriswil zum traditionellen Neujahrs-Apéro begrüßen.

In der imposanten Produktionshalle der Fa. Krattiger AG wurde eine überaus gemütliche Runde für unseren Apéro gestaltet. FDP-Regierungsrat Walter Schönholzer überbrachte den Gruss aus der Thur-

gauer Regierung und berichtete eingehend über die Entwicklungen in der politischen Landschaft. Die kommenden Grossrats- und Regierungsratswahlen waren selbstverständlich das weitere Thema seiner

Rede, worin er die Wichtigkeit der breit durchmischten Liste definierte – welche die Liste 5 des Bezirks Arbon seines Erachtens durchaus erfüllt. Zehn der 27 Kandidierenden für den Grossen Rat nutzten die Möglichkeit, sich kurz den Anwesenden vorzustellen. Mit Beginn des kulinarischen, geselligen Parts führten Urs und Reto Krattiger interessierte Gäste durch ihre Produktionshalle und erklärten die Entstehung der dort hergestellten Modulbauten, vom zuvor gefrästen Holzstück bis hin zu fast schon fertigen Räumen/Häusern.

**Martin Rickenbach**

FDP Weinfelden

## Thomas Wieland einstimmig nominiert

Die FDP Weinfelden nominiert Thomas Wieland einstimmig als Kandidaten für die Ersatzwahl des Sekundarschulpräsidiums.

Mit dem Rücktritt des aktuellen Präsidenten der Sekundarschulgemeinde Weinfelden, Beat Gähwiler, ergibt sich die einmalige Gelegenheit, die Präsidien der beiden Schulgemeinden (Sekundarschule und Primarschule) mit einer Person zu besetzen. Die FDP Weinfelden nominierte anlässlich der ausserordentlichen Mitgliederversammlung einstimmig den amtierenden Präsidenten der Primarschulgemeinde, Thomas Wieland, als Kandidaten für die Ersatzwahl des Sekundarschulpräsidiums. Thomas Wieland leitet seit August 2013 die Primarschulgemeinde Weinfelden (mit einem Pensum von 45 Prozent). Dank seiner langjährigen Erfahrung ist er bestens für das anspruchsvolle Amt als Präsident der Sekundarschulgemeinde qualifiziert. Die beiden Ämter dürften zusammen ein Pensum

von ca. 90 Prozent umfassen. Anlässlich der ausserordentlichen Mitgliederversammlung vom 18. November 2019 legte Thomas Wieland den Anwesenden dar, dass mit einer personellen Zusammenlegung Doppelspurigkeiten abgebaut und Synergien genutzt werden können. Weiter könnte dadurch erreicht werden, dass das Präsidium ganztags besetzt und für die Belange der Schule verfügbar ist, was derzeit aufgrund der Teilzeitpensum weder in der Sekundarschule noch in der Primarschule der Fall ist. Die FDP Weinfelden freut sich über die Kandidatur von Thomas Wieland und empfiehlt den einstimmig nominierten Kandidaten zur Wahl.

**Matthias Kradolfer**

FDP Egnach

## Jahresendbummel

Der Jahresendbummel führte auf kurzen Wegen zur Besichtigung der «Baustelle Sanierung Gemeindehaus». Bauleiter Alex Massimo vom Architekturbüro Severin Amrein aus Neukirch erklärte in einem Rundgang den Stand der laufenden Arbeiten.

Obwohl unsere Partei im November 2017 der Sanierung skeptisch gegenüberstand und sie lieber auf später verschieben wollte, konnten wir feststellen, dass mit dem von der Gemeindeversammlung genehmigten Kredit in der Höhe von 2 885 000 Franken etwas sehr Positives und Zweckmässiges am Entstehen ist. Nach dem Rundgang kann heute schon festgestellt werden, dass unsere Gemeindeverwaltung vom jetzigen provisorischen Standort Gristenbühl in ein optimal saniertes Gemeindehaus zurückzügeln kann. Zum Abschluss ging's zum Restaurant Winzelnberg, wo nach einem von Reto Kropf offerierten Apéro gemütlich gespiesen und diskutiert wurde.

**Roli Löw**

FDP Bezirk Münchwilen

## Besuch von Regierungsrat Walter Schönholzer

Regierungsrat Walter Schönholzer blickte im Gespräch mit Harry Stehrenberger am Neujahrsapéro in der Villa Sutter auf seine erste Legislatur zurück und gab einen Ausblick für die Zukunft.

Der Kanton Thurgau befindet sich in einer ausgezeichneten finanziellen Lage, die ständigen Anstrengungen von Regierung und Parlament zeigen Wirkung. Die Wirtschaft ist gesund, breit aufgestellt und besonders die Berufsbildung im dualen System funktioniert ausgezeichnet. Handwerk und Gewerbe tragen die Entwicklung. Schönholzer betonte auch die Wichtigkeit von Agroscope und Swiss Future Farm in Tänikon für die Region, hier sind Forschungsarbeitsplätze und Projekte angesie-

delt, welche für die Ostschweiz direkte Wirkung erzielen. Die Thurgauer Spitalstrategie greift und ist im Quervergleich weit fortgeschritten. Mit dem Untersuchungsbericht und zahlreichen Massnahmen erläuterte er die Entwicklung nach Hefenhofen. Er lobte die Zusammenarbeit der Ostschweizer Kantone und betonte die Wichtigkeit einer regionalen Kooperation an den Beispielen Wil West und Fachhochschule Ostschweiz. Walter Schönholzer stellt sich wieder zur Wahl und möchte in den

nächsten vier Jahren auf den Erfolgen aufbauen und dazu beitragen, den Kanton weiterzubringen. Mit der Vision 2040 hat der Regierungsrat eine Grundlage erarbeitet, welche in konkreten Bereichen Leitlinien festlegt und für die Arbeit von Regierung und Behörden langfristige Orientierung gibt. Im Gespräch mit den Kandidaten und Kandidatinnen für die Grossrats- und Richterwahlen betonte Walter Schönholzer die Wichtigkeit, dass liberale Werte und zukunftsorientierte Politik der FDP in den Gremien vertreten sind. Er dankte allen für ihren Einsatz und unterstützt persönlich die Wahlkämpfe in Gemeinden und Bezirken.

**Harry Stehrenberger**

FDP Thurgau

## Diplomatie in Bewegung



An der 67. Herbsttagung in der Dorfalm Mettendorf nahmen 90 Freisinnige Einblick in den spannenden Alltag von Diplomaten. Martina Pfiffner Müller führte das Gespräch mit alt Botschafter Dr. Beat Nobs und alt Minister Dr. Max Schweizer. Bruno und Maja Lüscher sorgten für das passende Rahmenprogramm.



### Wettbewerbsgewinn eingelöst

Roland Gahlinger gewann am Wega-Wettbewerb der FDP Thurgau den zweiten Preis. Zusammen mit seiner Frau Silvia wurde der glückliche Wettbewerbsgewinner im Bundeshaus von Ständerat Ruedi Noser empfangen. «Im Ständerat lief die Eintretensdebatte zur Konzernverantwortungsinitiative, was für uns äusserst interessant war», freuten sich Roland und Silvia Gahlinger, welche bis zur Schlussabstimmung (Der Minderheitsentwurf Rieder ohne Haftung Dritter wurde im Ständerat mit 39 Ja, 3 Nein und 1 Enthaltung angenommen) im Ratssaal blieben und von ihrem Besuch im Bundeshaus in höchsten Tönen schwärmten. (mtb)

FDP Aadorf

## Jahresauftakt

Beim Fondueplausch in der Huggenbrunnenhütte Ettenhausen mangelte es nicht an Gesprächsstoff: Kommunale Themen, die bevorstehenden Richter-, Grossrats- und Regierungsratswahlen sowie kantonale und eidgenössische Abstimmungen. In lockerer und unterhaltsamer Form durften sich die Kantonsratskandidierenden den Fragen des Moderators stellen und dabei Ausführungen zu ihrer Motivation, Prioritätensetzung und Zielsetzung machen.

**Roland Gabriel**



Die Aadorfer Vertretung auf der Liste 5: Fabian Koch, neu; Cornelia Hasler-Roost, bisher; Urs Thalmann, neu; Bruno Lüscher, bisher (von links nach rechts).



# «Ich will Aufbruch»

Grosses Interview mit Petra Gössi

Petra Gössi ist auch nach vier Jahren an der Spitze der FDP noch hungrig. Im grossen Interview spricht sie über den Umgang mit Stress, ihre Pläne mit der FDP und die Sorgen der Menschen.

**Petra Gössi, Parteipräsidentin zu sein, ist ein Verschleissjob. Sie wirken gar nicht müde. Dabei waren die letzten vier Jahre alles andere als ruhig.** Stimmt, langweilig wurde es mir nie (lacht). Dass wir etwa bei den Volksabstimmungen so oft gewonnen haben, war auch das Ergebnis viel harter Arbeit. Hinzu kamen zwei Bundesratswahlen und diverse Grosseprojekte. Aber die Arbeit macht mir viel Freude.

**Sie werden im April erneut als Parteipräsidentin antreten. Was motiviert Sie dazu?** Ich spüre noch immer ein Feuer, die Zukunft dieser Partei zu gestalten. Wenn das nicht mehr vorhanden wäre, wäre ich nicht mehr angetreten. Ich bin aber auch überzeugt, dass wir als FDP, als liberale Kraft, in den kommenden Jahren gemeinsam noch viel erreichen können. Die Wahlen mögen kurzfristig ein Dämpfer gewesen sein. Aber ich bin überzeugt: Die FDP ist auf gutem Weg.

**Sie haben es angetönt: Vor den Wahlen war die FDP lange auf dem Erfolgspfad, musste aber in den Wahlen 2019 teilweise schmerzliche Verluste hinnehmen. Was hat die Partei falsch gemacht?** Ja, die Verluste schmerzen. Wir sind im Moment daran, die Ergebnisse der Wahlen im Detail bis April aufzuarbeiten und den zuständigen Gremien zu präsentieren. Einiges kann ich jetzt schon festhalten: Die mediale Debatte ging komplett neben den Prioritäten der Bevölkerung vorbei und hat zu einem monothematischen Wahlkampf geführt. Dies hat uns geschadet. Dann konnten wir aber auch nicht überall gleich gut mobilisieren. In einigen Kantonen gelang es, ein liberales Feuer zu entfachen – etwa in Fribourg, wo es Johanna Gapany in den Ständerat schaffte. Es gab aber leider auch zu viele negative Beispiele. Und wenn schlecht mobilisiert wird, kann man nicht gewinnen. Das zeigt einmal mehr: Wir müssen auf die Strasse, zu den Men-

schen und mit ihnen sprechen. Wir müssen wieder kämpferischer werden.

**Wahlanalysen zeigen, dass die Rückbesinnung auf eine liberale Umweltpolitik richtig gewesen ist. Hätte es das vielleicht früher gebraucht?** Dass es Handlungsbedarf in diesem Themenbereich gibt, war schon länger klar. Idealerweise hätte man den Beschluss, die Basis mit einer Umfrage einzubeziehen, schon früher gefällt. Wegen zwei Bundesratswahlen und einer wichtigen Abstimmung zur Altersvorsorge konnten wir dieses enorm aufwendige Projekt aber nicht früher in Angriff nehmen. Doch lieber spät als nie, denn ohne eine belastbare, demokratisch abgestützte Position in der Umweltpolitik wäre es schlimmer für uns gekommen. Nun konnten wir grössere Wählerverluste verhindern. Wir konnten sogar mehr Neuwähler hinzugewinnen als 2015.

**Die Themen Umwelt, Klima und Energie dürften wichtig bleiben. Ist die FDP für 2023 besser aufgestellt?** Wir müssen den Menschen in jedem Themenbereich liberale Lösungen bieten. Die Rückbesinnung auf unsere liberale Umweltpolitik ist eine Investition in die Zukunft. Daher ja, wir sind für die Zukunft besser aufgestellt. Sorgen bereitet mir eher das grössere Bild: Mit der Wahl 2019 ist

die Parteienlandschaft noch fragmentierter und polarisierter geworden. Damit wird die Mehrheitsfindung schwieriger. Zudem war nicht gut, dass die Parteien im Umfeld der «grünen Welle» in der öffentlichen Diskussion mit anderen Themen nicht durchdringen konnten.

**Sie sagen, es sei schwierig gewesen, im Wahljahr mit anderen Themen als Umwelt und Klima medial durchzudringen. Erfüllen die Medien ihre Rolle noch?** Die Frage ist, was mit den Medien als vierte Gewalt im Staat heute passiert. Das ist kein Angriff auf den Journalismus oder eine Kritik an der Arbeit vieler Journalisten, aber es findet eine Strukturveränderung statt. Die Leute lesen weniger Zeitung, hören weniger Nachrichten, schauen weniger «Tagesschau» – insbesondere junge Menschen. Wir als Partei müssen uns fragen, wie wir mit unseren Inhalten wieder die breite Bevölkerung erreichen – auch diejenigen, die sich nicht mehr über die Medien informieren. Nur so kann die Demokratie ihren Zweck erfüllen.

**Wohin wollen Sie mit der FDP in den kommenden Jahren?** Ich will, dass wir für die grossen Herausforderungen unseres Landes tragfähige Lösungen finden: den Wirtschaftsstandort, die Sozialwerke und das Gesundheitswesen sowie die Umwelt und das Klima. Dazu will ich eine Aufbruchstimmung in unserer Partei wecken. Ich will die liberalen Kämpferinnen und Kämpfer aktivieren. Wir Freisinnige und all unsere Exponenten müssen für unsere Überzeugungen und liberalen Positionen noch klarer hinstehen und kämpfen. In einem Wort: Ich will Aufbruch.

**Werden wir konkreter. Altersvorsorge, Gesundheitskosten, Beziehungen zur EU: Es herrschen Reformstau und Blockade. Wie ist es möglich, wieder Bewegung ins System zu bringen?** Bei den Sozialwerken und im **Gesundheitswesen** müssen wir einen breiten Konsens finden, wie wir das alles finanzieren. Die Linke sagt auch bei den Gesundheitskosten immer: Der Staat muss zahlen. Was sie damit tatsächlich meint, ist: Die Steuerzahler, wir alle, zahlen das. Die CVP-Initiative taugt nicht viel mehr: Sie benennt zwar ein Problem, aber schlägt absolut keine Lösungen vor. Wir haben 2019 ein erstes Papier vorgelegt entlang der Leitlinie Qualität–Effizienz–Eigenverantwortung. Und wir werden in nächster Zeit nachlegen.

Auch im Bereich der **Altersvorsorge** muss rasch gehandelt werden, und auch hier haben wir Lösungen. Wir müssen endlich die strukturellen Probleme angehen und reinen Wein einschenken. Auch das ist eine Frage der Generationengerechtigkeit. Wir müssen auf Neudeutsch «out of the box» denken und uns nicht vor unbequemen Diskussionen fürchten, genau wie das Philipp Müller gemacht

## «Wir Freisinnige müssen für unsere Überzeugungen und liberalen Positionen noch klarer hinstehen und kämpfen. In einem Wort: Ich will Aufbruch.»

hat, als er die Idee der Abschaffung des Rentenalters letzten Herbst vorgebracht hat.

Dann müssen wir uns auch bewusst sein, dass unser Wohlstand in der Schweiz nicht gottgegeben ist. Ein selbstbestimmtes Leben führen kann nur, wer auch einen Job hat. International verdüstert sich die Lage. Wenn wir den **Wirtschaftsstandort** Schweiz stark halten wollen, müssen wir uns um Bildung und Forschung, Aussenhandelspolitik, Migration, moderne Arbeitsplatzmodelle und die Beziehungen zur Europäischen Union kümmern.

Im Bereich **Klima und Umwelt** ist klar: Wir wollen auch in Zukunft eine Lebensgrundlage haben und dürfen nicht Klima, Umweltschutz und Energiebedarf gegeneinander ausspielen. Wir haben unsere Vorschläge präsentiert und werden konsequent weiterarbeiten, um zu verhindern, dass unter dem grünen Vorwand plötzlich rote Rezepte eingeführt werden. Die Grünen wollen erneuerbare Energien, wehren sich aber gegen einen Ausbau der Wasserkraft

oder gegen neue Windräder. Will man die Energiewende, muss man auch ehrlich sein. Oder man gibt einfach zu, dass man zurück in die Steinzeit will.

**Die FDP hat 2019 erstmals systematisch und im grossen Stil Door-to-door-Wahlkampf betrieben. Sie waren einige Male selbst unterwegs. Hat sich die Methode ausgezahlt? Wie geht es mit dem Team FDP weiter?** Der Haustürwahlkampf steht für das, was ich vorher erwähnte: Aufbruch. Mit den Leuten sprechen. Kämpfen. Wir haben 2019 damit begonnen, aber wir werden das Instrument noch verfeinern und noch breiter einsetzen. Noch sind wir daran, die Analysen zu erstellen. Aber die Rückmeldungen sagen von allen Seiten: Es hat sich gelohnt. Der direkte Kontakt kommt bei der Bevölkerung gut an und erlaubt uns, die Probleme der Menschen besser zu verstehen und schneller zu erkennen. Das deckt sich übrigens völlig mit meinen persönlichen Erfahrungen.



«Ich wünsche mir für die nächsten Jahre einen kämpferischen Freisinn»: Petra Gössi bei ihrer Rede an der DV in Schindellegi SZ.



### Problem an der Wurzel packen

Die Initiative der Jungfreisinnigen bietet aus zweierlei Gründen einen echten Ansatz zur Lösung der finanziellen Probleme unseres wichtigsten Sozialwerkes: Zum einen setzt die Initiative auf die schrittweise Erhöhung des Rentenalters. Damit setzen wir beim entscheidenden Grund für die finanzielle Schieflage des Systems an: Wir werden immer älter. Unser Vorschlag sorgt dafür, dass die unvermeidlichen Zusatzkosten aus der höheren Lebenserwartung fairer auf alle Generationen verteilt werden. Zum anderen bietet die Initiative mit der Koppelung des Rentenalters an die Lebenserwartung eine nachhaltige Lösung, weil sie damit zusätzliche – und oftmals wenig weitsichtige – Hauruckübungen zur kurzfristigen Sicherung der strukturellen Finanzierungsprobleme unnötig macht.

### Ihre Unterstützung ist wichtig

Unsere Volksinitiative zielt auf die nachhaltige Sicherung unserer Renten ab. Die Unterschriftensammlung verläuft bislang gut. Unsere Mitglieder sind hochmotiviert und regelmässig auf den Strassen und an Veranstaltungen anzutreffen. Es ist sehr zu hoffen, dass unsere Renteninitiative zustande kommt und sich die Bevölkerung mit einer wirklich nachhaltigen Reform der Altersvorsorge auseinandersetzen kann. Dafür sind wir auf ihre wertvolle Unterstützung angewiesen: Unterschreiben Sie noch heute den Initiativbogen. Erklären Sie Freunden und Bekannten, wofür unsere Initiative steht. Setzen wir uns gemeinsam ein für eine langfristig stabile Finanzierung der Altersvorsorge – vielen Dank!

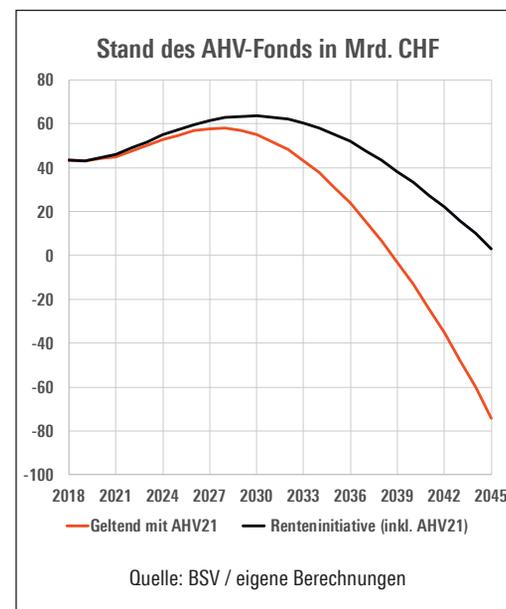
**Matthias P.A. Müller**  
Präsident Jungfreisinnige Schweiz

Die Renteninitiative der Jungfreisinnigen will mittelfristig das Rentenalter 66 für beide Geschlechter und langfristig eine Koppelung des Rentenalters an die Lebenserwartung. Damit sichert sie die Renten der Zukunft.

Ein neues Jahr bietet Anlass, Vorsätze zu fassen, Hoffnungen zu schöpfen, aber auch Wünsche zu verspüren. Mein Neujahrswunsch ist, dass das Jahr 2020 zum Jahr der Altersvorsorge wird. Es ist bekannt: Die Altersvorsorge bleibt laut einer Umfrage der Credit Suisse die grösste Sorge von uns Schweizerinnen und Schweizern. Die Bevölkerung erwartet von der Politik nachhaltige Lösungen. Es erstaunt deshalb nicht, dass die letzten eidgenössischen Vorlagen – es sei hier an die AHV-plus-Initiative und das Reformpaket «Altersvorsorge 2020» erinnert – an der Urne Schiffbruch erlitten haben. Wir Jungfreisinnige haben bei beiden Vorlagen gemeinsam mit der FDP an vorderster Front für ein Nein gekämpft – und damit Schlimmeres verhindern können. Aber nicht nur das: Es ist uns auch gelungen, insbesondere den Sorgen der jüngeren Generationen gebührend Gehör zu verschaffen.

### Die Jungfreisinnigen übernehmen Verantwortung

Die Ausgangslage ist bekannt: Die erste Säule ist seit längerem defizitär. In etwa 20 Jahren geht der AHV das Geld aus (siehe Grafik). Wir müssen sie deshalb reformieren, sodass alle Generationen eine Chance auf eine anständige Rente haben. Wir Jungfreisinnige haben im Bestreben, die Renten der Zukunft langfristig zu sichern, vor gut zweieinhalb Monaten unsere Renteninitiative lanciert. Diese Volksinitiative sieht im Wesentlichen vor, dass das Rentenalter für beide Geschlechter gleich ist. Um die höheren Ausgaben aufgrund der steigenden Lebenserwartung in der AHV zu finanzieren, soll das Rentenalter um jeweils 2 Monate pro Jahr angehoben werden, bis es mittelfristig das Rentenalter 66 erreicht hat. Langfristig soll das Rentenalter sodann an die Lebenserwartung gekoppelt werden.





# «Ich begrüsse die Renteninitiative»

Ein Kommentar

Die AHV ist unsere wichtigste Sozialversicherung und gewährleistet eine Grundsicherung im Alter. Ihre Stabilität ist jedoch gefährdet. Zum einen werden wir immer älter und beziehen länger eine Rente. Zum anderen sinkt der Anteil der erwerbstätigen Bevölkerung, die die AHV mit Lohnanteilen finanziert. Die jüngere Generation wird damit immer stärker belastet. Die Debatte um die Altersvorsorge 2020 und die Diskussion um die Sanierung der AHV haben jedoch die Jungen für das Problem sensibilisiert. Die Renteninitiative der Jungfreisinnigen zeigt den richtigen Weg auf, wie wir unser Rentensystem an die demografischen Gegebenheiten anpassen können.

Die FDP befürwortet eine dreistufige Reform der AHV: Eine kurzfristige Atempause verschafft ihr die Zusatzfinanzierung, welche mit der Annahme der AHV-Steuervorlage (STAF) beschlossen wurde. Die mittelfristige Sicherung der Finanzierung der AHV muss über die AHV21-Vorlage erfolgen, die der Bundesrat vorgelegt hat, wobei diese im Parlament noch anzupassen ist. Wichtige Elemente sind die Angleichung des Rentenalters von Mann und Frau und eine massvolle Erhöhung der Mehrwertsteuer. Schliesslich muss bis zum Ende der laufenden Legislatur eine strukturelle, d. h. echte Reform der AHV aufgelegt werden. Denkbar sind

die Einführung einer Schuldenbremse in der AHV oder die Anhebung des Rentenalters, um dieses mit der Entwicklung der Lebenserwartung in Einklang zu bringen. Hier setzt die Initiative der Jungfreisinnigen an. Denn wollen wir die AHV nachhaltig

sichern, müssen wir sie den veränderten Gegebenheiten anpassen.

### Fundamente geraten ins Wanken

Der demografische Kontext hat sich seit Mitte des letzten Jahrhunderts radikal verändert. Unsere Lebenserwartung ist von 75,7 (Frauen) bzw. 69,7 Jahren (Männer) im Jahr 1967 auf 85,4 bzw. 81,4 im Jahr 2017 gestiegen. Dies ist erfreulich für uns alle, bedeutet aber auch, dass wir entsprechend länger eine Rente beziehen als noch bei der Einführung der AHV. Aufgrund tieferer Geburtenraten verschlechtert sich zudem das Verhältnis von erwerbstätiger Bevölkerung zu Rentnern. Im Jahr 1948 betrug das Verhältnis von Erwerbstätigen und Rentnern 6,5:1. Im Jahr 2019 kamen noch 3,4 Erwerbstätige auf einen Rentner, und 2050 werden zwei Erwerbstätige für einen Rentner aufkommen müssen. Die Generationensolidarität wird damit stark strapaziert. Bereits seit 2014 reichen die jährlichen Zuflüsse nicht mehr aus, um die Ausgaben der AHV zu decken. Geht es so weiter, wird der AHV-Fonds bis 2034 leer sein.

### Das Tabu muss fallen

Angesichts dieser Zahlen ist die FDP nicht bereit, die Anhebung des Rentenalters zu tabuisieren. Eine erste Anpassung im Rahmen der AHV21-Reform, mit der Harmonisierung des Rentenalters auf 65 Jahre, ist unerlässlich. Ohne zusätzliche strukturelle Massnahmen wird unser Rentensystem jedoch sein zentrales Versprechen nicht einlösen können. Dass die Jungfreisinnigen mit ihrer Initiative die Diskussion nun lancieren, ist sehr zu begrüßen. Sie zeigen auf, wie das Rentenalter entpolitisiert und an klare Kriterien gebunden werden kann.

### Renteninitiative ist begrüßenswert

Eine sichere Altersvorsorge ist eines der wichtigsten Anliegen der Schweizerinnen und Schweizer. Eine nachhaltige Sanierung der AHV ist deshalb ein Gebot der Stunde. Wer während seines gesamten Erwerbslebens Beiträge leistet, muss auch in Zukunft mit einer angemessenen Rente rechnen können. Die Babyboomer-Generation erreicht jetzt das Rentenalter, und wir stehen an einem Wendepunkt. Ich begrüsse es sehr, dass die Jungfreisinnigen dieses Problem angehen und eine gleichzeitig einfache wie vernünftige Lösung vorschlagen, nämlich das Rentenalter an die Lebenserwartung zu koppeln.

**Regine Sauter, Nationalrätin ZH**

«Die Jungfreisinnigen lancieren die längst fällige Diskussion darüber, wie das Rentenalter an klare Kriterien gebunden werden kann.»



# BVG-Reform ohne teures Umverteilungsmonster

Reform 2. Säule: Vorschlag Gewerbeverband

Die berufliche Vorsorge muss rasch reformiert werden. Dabei gilt es, die Kosten im Griff zu halten. Und es ist konsequent auf systemfremde Umverteilungen zu verzichten, so der Gewerbeverband.

Der heutige BVG-Mindestumwandlungssatz von 6,8 Prozent kostet die Aktiven sehr viel Geld und gefährdet die Vorsorgeeinrichtungen. Eine rasche Senkung ist unumgänglich. Dies führt im BVG-Obligatorium zu sinkenden Renten. Diese Einbusen gilt es zu kompensieren.

### Vorschlag des Gewerbeverbandes

Der Schweizerische Gewerbeverband sgv hat dem Bundesrat einen Reformvorschlag unterbreitet. Bei jährlichen Mehrkosten von 1,3 Milliarden Franken sieht dieser eine weitgehende Kompensation der Renteneinbusen vor. Auch der Pensionskassenverband ASIP hat ein valables Modell erarbeitet. Die-

ses ist mit Mehrkosten von 2 Milliarden Franken teurer, geht dafür aber auch einen Schritt weiter, indem es eine noch stärkere Senkung des Mindestumwandlungssatzes propagiert.

### Zusatzrenten mit der Giesskanne

Leider hat sich der Bundesrat für den mit Abstand teuersten Lösungsansatz entschieden: Über 3 Milliarden Franken jährliche Mehrkosten verursacht das vom Arbeitgeberverband unterstützte Modell der Gewerkschaften. Dieses sieht neben eigentlichen Kompensationsmassnahmen neu monatliche Zusatzrenten von bis zu 200 Franken vor, die nach dem Giesskannenprinzip an alle Neurentner zu verteilen wären. Diese Zusatzrenten würden die Reform gewaltig verteuern und zu einer Sozialisierung der 2. Säule führen. Das bewährte Drei-Säulen-Prinzip würde zerstört.

### Junge haben das Nachsehen

Zur Finanzierung der Zusatzrenten müsste ein zusätzliches halbes Lohnprozent eingefordert werden. Das schwächt die Kaufkraft der Konsumentinnen und Konsumenten, mildert unseren Wohlstand und gefährdet Arbeitsplätze. Hauptleidtragende wären erneut die Jungen. Diese müssten das System am längsten mitfinanzieren, erhielten wegen der geforderten degressiven Ausgestaltung der Zusatzrenten später aber bloss noch Brosamen.

### Renteninitiative liegt goldrichtig

Eine Umverteilung in der 2. Säule ist systemwidrig. Der soziale Ausgleich soll in unserer Altersvorsorge wie bis anhin über die AHV erfolgen. In der 2. Säule muss dagegen weiterhin das Einlageprinzip gelten. Zusatzrenten stellen einen ersten Schritt in Richtung Einheitskasse oder Volksrente dar und sind daher entschieden abzulehnen. Die berufliche Vorsorge darf nicht zu einer Parallel-AHV umfunktioniert werden.

Langfristig führt kein Weg an einer generellen Erhöhung des Rentenalters vorbei. Die Volksinitiative der Jungfreisinnigen liegt daher goldrichtig.

### Hans-Ulrich Bigler

Direktor Schweizerischer Gewerbeverband sgv

## Reformvorschläge für die 2. Säule: Das sagt die FDP

Die Sozialpartner wurden 2018 vom Bundesrat beauftragt, gemeinsam einen Reformvorschlag für die 2. Säule zu präsentieren, was die FDP ausdrücklich begrüsst hatte. Leider sind sie sich nicht alle einig. Auf Basis der Mehrheitsvariante von Gewerkschaften und Arbeitgeberverband hat der Bundesrat vor Weihnachten einen Vorentwurf in die Vernehmlassung geschickt. Die FDP begrüsst weite Teile der vorgeschlagenen Massnahmen, jedoch bestehen beim Kompensationsmodell – dem Rentenzuschlag – Fragezeichen.

Der Vorschlag von Gewerkschaften und Arbeitgeberverband enthält durchaus positive Elemente. Die Senkung des Umwandlungssatzes auf 6 Prozent mildert die systemwidrige Umverteilung von Jung zu Alt. Die vorgeschlagenen angeglichenen Altersgutschriften entsprechen dem Modell der FDP, das im Rahmen der parlamentarischen Beratungen der Reform AV2020 von der Mitte-links-Mehrheit abgelehnt worden war. Ältere Arbeit-



Der austarierte Sozialpartnerkompromiss stabilisiert und modernisiert die zweite Säule. Die berufliche Vorsorge braucht diese Reform so rasch als möglich, sagt der Arbeitgeberverband.

Niemand würde das eigene Haus auf Treibsand bauen. Hält der Boden nicht, dann halten auch die stärksten Mauern nicht. Genau dieses Szenario droht der Altersvorsorge im Allgemeinen und der beruflichen Vorsorge im Speziellen, wenn es nicht bald zu Reformen kommt. Wir bauen auf zunehmend morschem Fundament, denn die obligatori-

sche berufliche Vorsorge (BVG) krankt an überhöhten Rentenversprechen.

### Kompromiss korrigiert strukturelle Defizite

Um diesem Missstand Einhalt zu gebieten, haben der Gewerkschaftsbund, Travail.Suisse und der Arbeitgeberverband (SAV) zusammen den Sozial-

nehmende werden dank tieferer Lohnkosten auf dem Arbeitsmarkt nicht mehr benachteiligt. Für die jüngeren Generationen wiederum bilden die Anhebung der Altersgutschriften und die Senkung des Koordinationsabzugs eine langfristige Kompensation der Senkung des Umwandlungssatzes. Die Senkung des Koordinationsabzugs ist ausserdem ein wichtiger Schritt, damit Personen mit kleinen Arbeitspensen oder tiefen Löhnen von

einer besseren Altersvorsorge profitieren können. Unbestritten ist auch, dass es für alle, die in den nächsten Jahren in die Pension gehen, eine zusätzliche Kompensation braucht.

### Keine Kompensation mit der Giesskanne

Dem Kompensationsvorschlag steht die FDP kritisch gegenüber. Die Einführung einer systemwidrigen Umlagekomponente im BVG ist proble-

partnerkompromiss erarbeitet. Der Bundesrat hat kürzlich auf dieser Basis ein Vernehmlassungsverfahren gestartet. Der Kompromiss korrigiert die größten strukturellen Defizite: Erstens wird das Rentenniveau trotz sofortiger Reduktion des rentenbildenden Mindestumwandlungssatzes auf 6 Prozent gehalten. Dank dieser Senkung wird die Umverteilung von Erwerbstätigen zu Rentnern deutlich reduziert. Zweitens werden Erwerbstätige mit niedrigem Einkommen und Teilzeitbeschäftigte besser versichert. Davon profitieren besonders Frauen in Form von höheren Renten. Drittens werden ältere Arbeitnehmer dank tieferen Beitragssätzen für die berufliche Vorsorge am Arbeitsmarkt konkurrenzfähiger.

### Gut austarierter Zuschuss

Damit auch bei den unmittelbar nach Inkrafttreten der Reform in Pension gehenden Erwerbstätigen das Rentenniveau gehalten werden kann, braucht es für diese sogenannte Übergangsgeneration einen solidarisch finanzierten Zuschuss. Diesen garantierten Rentenzuschlag erhalten die ersten 15 Jahrgänge. Aus einer bürgerlichen Sicht mag dieses Element störend sein. Doch ermöglicht es nicht nur den Kompromiss, sondern macht die Lösung auch für gewerbliche Branchen finanzierbar. Der Sozialpartnerkompromiss ist mit Kosten von 0,8 Prozent Lohnbeiträgen, die je zur Hälfte von Arbeitgebern und Arbeitnehmern bezahlt werden, gut austariert.

### Rentaltererhöhung unumgänglich

Mit dem Sozialpartnerkompromiss können nicht alle Probleme aus der Welt geschaffen werden. Jedoch wird damit die berufliche Vorsorge wieder auf ein solideres Fundament gestellt. Daneben bleibt eine generelle Rentaltererhöhung, wie sie auch die Jungfreisinnigen mit der Volksinitiative «Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge» fordern, unumgänglich. Richtigerweise findet diese Diskussion aber in der AHV-Debatte statt.

**Roland A. Müller**

**Direktor Arbeitgeberverband**

matisch, gerade weil die Kosten für die Kompensation hauptsächlich bei den jungen Generationen anfallen. Die 3. Säule steht bekanntermassen für individuelles Sparen – sie soll nicht die umverteilende Rolle der AHV übernehmen. Der Kompensationsmechanismus darf nicht dem Giesskannenprinzip folgen. Andere Optionen müssen geprüft werden.

**Josef Dittli, Ständerat UR**



# Standpunkte

Leserinnen und Leser schreiben, was sie bewegt.

## Ökologie gehört zum Freisinn

Inhalt und Tragweite des Liberalismus gründen in Würde, Freiheit und Lebenschancen aller Menschen, unabhängig von ihrem rechtlichen und sozialen Status. Der politische Liberalismus in der Schweiz, wie er von der FDP seit der Mitte des 19. Jahrhunderts vertreten wurde, war immer ein republikanischer Liberalismus, der sich durch ein konstruktiv-kritisches Verhältnis zum «eigenen» Verfassungsstaat auszeichnete. Dieser Liberalismus wendet sich nicht gegen jede Staatlichkeit an sich, sondern gegen jedes Übermass an Staatsverantwortung. Freiheitschancen sind mit und gegen den Staat zu gewährleisten.

### Liberalismus auch für die Nachwelt

Wir wissen, dass Freiheitsausübung in aller Regel auf Freiheitsbedürfnisse von Mitmenschen trifft, die mit gleichem «Recht» auf Schutz und Entfaltung pochen. Und sie trifft auf Freiheitsbedürfnisse von kommenden Generationen, denn die Natur steht allen Generationen gleichermassen zu. Der Liberalismus muss auch auf die Nachwelt bezogen werden. Liberale Politik erweist sich deshalb in aller

Regel als Wert- und Interessenabwägung zwischen verschiedenen aktuellen und künftigen Freiheitsanliegen, worauf ich immer wieder, zuletzt in meiner Biografie «Alles mit Mass. Gedanken und Geschichten aus dem Leben eines Grenzgängers» (2019), hingewiesen habe.

### Ökologisches Erbe der FDP

Die ökologische Sicht auf Freiheits- und Lebensbedürfnisse nachfolgender Generationen war in der FDP der Nachkriegszeit stets präsent, freilich mit unterschiedlichem Gewicht. Nach meiner Erfahrung war sie in der Partei stets stärker vertreten als in der Fraktion der Bundesversammlung. An dieser Stelle können die einzelnen Etappen der Entwicklung nicht näher beleuchtet werden, Stichworte müssen genügen: Bereits 1973 findet sich im grundsätzlichen Teil des Parteiprogramms der FDP unter dem Titel «Liberalismus heute» der visionäre Satz: «Die heutigen und die künftigen Generationen haben Anspruch auf ausreichende natürliche Lebensgrundlagen. Ihrer Sicherstellung ist jede menschliche Tätigkeit unterzuordnen; der Staat legt die nötigen Prioritäten

### Schreiben auch Sie uns Ihre Meinung!

Bitte schicken Sie uns Ihren Leserbrief per E-Mail und geben Sie uns Name, Adresse und Telefonnummer an, damit wir den Beitrag publizieren können. Unsere Adresse: schoy@fdp.ch.

fest.» Das Bekenntnis zu einer liberalen Umweltpolitik wurde in späteren Thesen und Postulaten erneuert und ausgebaut, etwa in einem Manifest zum Umweltschutz 1986. Schon vorher entstanden in gewissen Kantonalparteien Reformgruppen, die sich vehement für einen wirksamen Umweltschutz einsetzten, etwa in Baselland, Solothurn und St. Gallen. Mein Wahlkampf 1987 in den Ständerat stand unter dem Motto «Ökoliberalismus».

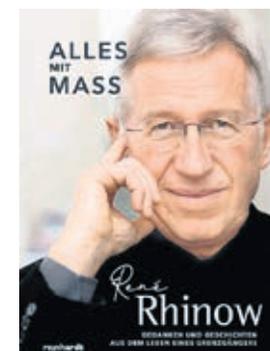
### Nicht Kehrtwende, sondern Rückbesinnung

Einen grossen Schritt in die ökologische Zukunft machte die FDP 1991 mit ihrem Manifest «Freiheit heute und morgen – Verantwortung für Mitwelt und Nachwelt» in Vevey, das auch heute noch jedem Freisinnigen zur Lektüre empfohlen werden kann. «Freiheit ... erfordert Rücksichtnahme auf Würde und Freiheit der Mitmenschen von heute und morgen. Sie muss mit der Fortdauer menschenwürdigen Lebens auf Erden verträglich sein.» Ab 1991 wurden marktwirtschaftliche Instrumente wie Lenkungsabgaben im Umwelt- und Energiebereich in die Parteiprogramme aufgenommen, allerdings unter der Bedingung, dass diese keinerlei fiskalische Nebenzwecke verfolgen. In der Fraktion der Bundesversammlung setzten sich in den 1990er-Jahren viele Freisinnige für Natur- und Umweltschutzanliegen ein. Der aktuelle Positionsbezug der FDP Schweiz stellt somit keine Kehrtwende dar, sondern eine Rückbesinnung auf bereits früher vertretene Werte.

### René Rhinow

Ständerat 1987–1999, Ständeratspräsident 1999

Dies ist die Kurzfassung eines Artikels in der NZZ vom 30. Dezember 2019.



Die Biografie «Alles mit Mass» von René Rhinow, erschienen im Friedrich Reinhardt Verlag.

«Der aktuelle Positionsbezug der FDP Schweiz stellt keine Kehrtwende dar, sondern eine Rückbesinnung auf bereits früher vertretene Werte.»

**NEIN**  
am 9. Februar



## Wohnbauinitiative

Nein zur Mieterverbandsinitiative

Schweizweit standen letztes Jahr über 75 000 Wohnungen auf dem Wohnungsmarkt leer (Zahl steigend). Trotz dieser Sachlage hat der Mieterverband Schweiz im Jahr 2015 zusammen mit dem Verband Wohnbaugenossenschaften Schweiz, dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB), der SP Schweiz und den Grünen die nationale Initiative «Mehr bezahlbare Wohnungen», welche am 9. Februar 2020 vors Volk kommt, lanciert. Die Initiative hat zum Ziel, das Angebot an preisgünstigem Wohnraum schweizweit zu erhöhen.

Die Initianten wollen mit dieser Initiative das Angebot an preisgünstigem Wohnbau erhöhen. Dies, indem der Bund in Zusammenarbeit mit den Kantonen dafür sorgen soll, dass mindestens 10 Prozent aller Neubauten im Eigentum von Trägern des gemeinnützigen Wohnungsbaus sind.

### Leerwohnungsstände in Kantonen und Gemeinden völlig verschieden

Doch wie angespannt ist die Lage auf dem Wohnungsmarkt in der Schweiz wirklich, und wie spiegelt sich dies in Zahlen wider? Vergleicht man die Entwicklung der Leerwohnungsbestände in den letzten 35 Jahren miteinander, sieht man gut, dass in den letzten 20 Jahren in der Schweiz noch nie so viele Wohnungen leer standen wie heute (über 75 000).

### 10-Prozent-Quote in den Städten überschritten

Heute stellt die Wohnungssuche nur in den Gross-

städten (wie Genf, Basel und Zürich) eine Herausforderung dar. Jedoch besitzen diese grossen Städte bereits eine eigenständige Wohnpolitik, um bezahlbare Wohnungen zu gewährleisten und zur Verfügung zu stellen. In Zürich sind sogar schon über 25 Prozent der Wohnungen im Besitz gemeinnütziger Wohnbauträger – die 10-Prozent-Quote wäre hier somit längst überschritten.

Zudem wird das sozialpolitische Ziel des gemeinnützigen Wohnungsbaus schon heute massiv verfehlt, denn nur ein Viertel der Genossenschafter gehört zu den ärmsten 20 Prozent, die eine vergünstigte Wohnung am nötigsten hätten. Die Wohnun-

gen gemeinnütziger Wohnbauträger sollten aber «wirtschaftlich oder sozial benachteiligten Personen» zugutekommen – so ist es im Wohnraumförderungsgesetz bestimmt. Die Genossenschaften halten sich bei der Vergabe jedoch nur sehr bedingt an diese Vorgabe.

### Eine Viertelmilliarde Franken bei der Ablehnung der Initiative für gemeinnützigen Wohnungsbau

Niemand wird sich gegen bezahlbaren Wohnraum wehren wollen, somit ist das Problem sicherlich nicht das Ziel: denn der gemeinnützige Wohnungsbau ist in der Schweiz breit verankert und wird national, kantonal und kommunal bereits heute stark



Amélie Evard

gefördert. Dies wird auch in Zukunft weiterhin so gehandhabt: Das Parlament hat nämlich im Rahmen des indirekten Gegenvorschlags beschlossen, den gemeinnützigen Wohnungsbau sogar zusätzlich mit einer Viertelmilliarde Franken weiterhin zu fördern, falls die Initiative nicht angenommen wird. Von einem Ja profitieren lediglich diejenigen, die eine Wohnung in einer Genossenschaft wünschen und erhalten. Alle anderen bezahlen die Folgen, die die Initiative verursacht, mit ihren Steuergeldern.

Aus diesen und noch weiteren Gründen empfehle ich Ihnen (analog allen bürgerlichen Parteien und Mitteparteien sowie der Bundesrat) ein Nein zur Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen».

**Amélie Evard, Master-Mentee, Stadträtin Nidau (Stadtratspräsidentin 2019) sowie Sektionspräsidentin, Kanton Bern**

«Nur ein Viertel der Genossenschafter gehört zu den ärmsten 20 Prozent.»



# Sieben Tage, um das Leben umzustellen

Maja Riniker stellt sich vor

1995, vor 25 Jahren, stand Maja Riniker als Teilnehmerin der Jugendsession zum ersten Mal am Rednerpult im Nationalratssaal und wünschte sich schon damals, eines Tages in diesen Saal zurückzukehren – nun ist sie Nationalrätin.

Aufgewachsen bin ich zusammen mit zwei Geschwistern in Lenzburg. Nach dem KV mit Berufsmaturität habe ich an der Fachhochschule Betriebsökonomie studiert. Heute wohne ich zusammen mit meinem Mann und unseren drei Kindern (12, 10 und 9 Jahre) in Suhr bei Aarau. Im Teilzeitpensum bin ich für die Finanzen einer Gruppenarztpraxis zuständig, im Vorstand vom HEV Aarau Kulm sowie als Verwaltungsrätin einer Regionalbank engagiert.

### Früh Verantwortung übernommen

Als Klassensprecherin an der Schule, als FH-Studentenvertreterin sowie als Pfadileiterin übernahm ich schon im jungen Alter Verantwortung. All diese Erlebnisse haben mich darin bestärkt, mich für Gesellschaft und Politik zu engagieren. Unser von der Miliz geprägtes Land braucht engagierte Bür-

ger, ob nun in den unzähligen Vereinen, der Feuerwehr oder auch in der Politik. Nach acht Jahren als Schulpfleglerin durfte ich von 2014 bis 2019 als Grossrätin im Kanton Aargau politisch tätig sein.

### Tür-zu-Tür-Wahlkampf als Erlebnis

Der Wahlkampf 2019 war eine intensive, aber durchwegs positive Erfahrung. Ich erinnere mich sehr gut an den Samstagmorgen im Mai, als ich zum ersten Mal an einer Tür-zu-Tür-Aktion teilnahm. Mein Gefühl war zunächst nicht sehr positiv und ich wäre gern im Bett geblieben. Die äusserst guten Reaktionen und Gespräche mit der Bevölkerung haben aber alle Zweifel in den Wind geschlagen. Im Gegenteil: Am Schluss des Wahlkampfes, nach über zehn Tür-zu-Tür-Einsätzen, war ich sogar etwas wehmütig, dass diese Phase nun zu Ende ging. Im Aargau waren wir Kandidaten an unzähl-

Maja Riniker bei der Arbeit, damals noch im Aargauer Grossen Rat.

gen Standaktionen präsent, und dank eines tollen Wahlteams habe ich den Wahlkampf mit viel Unterstützung positiv erlebt. Als Highlight habe ich mit drei «Maja-Wettbewerbsgewinnern» im September bei wunderbarem Wetter eine Ballonfahrt über den Kanton unternommen.

### Für eine moderne Armee

Nachdem Thierry Burkart am 24. November 2019 in den Ständerat gewählt worden war, war klar, dass ich den frei werdenden Sitz im Nationalrat übernehmen darf. Ich hatte sieben Tage Zeit, das Leben umzustellen, und bin am 2. Dezember als Nationalrätin vereidigt worden. Glücklicherweise darf ich in meiner Wunschkommission SIK (Sicherheitspolitische Kommission) Einsitz nehmen. Denn unser hochentwickeltes Land ist angreifbar. Und die Sicherheit muss uns etwas wert sein. Zur Abwehr äusserer Bedrohungen ist eine moderne Armee zentral. Sie braucht ausreichend Mittel, um uns schützen zu können. Ich befürworte die An-



Maja Riniker erlebte den Wahlkampf positiv – insbesondere auch wegen des Haustürwahlkampfes.

schaftung neuer Kampfflugzeuge. Auch gegen moderne Gefährdungen wie Cyberrisiken braucht unser Land gute Abwehrdispositive. Wir kennen bisher auch kaum Gefährdungen der Sicherheit im eigenen Land. Das kann rasch ändern. Darum muss die innere Sicherheit langfristig gewährleistet bleiben. Wir müssen dafür sorgen, dass es uns weiterhin wohl ist in der Schweiz; dazu gehört gegenseitige Toleranz, die keine Einbahnstrasse sein darf. Intoleranz gegenüber unserem Rechts- und Wertesystem ist für mich inakzeptabel.

Maja Riniker, Nationalrätin AG



# Zukunft gestalten

Johanna Gapany stellt sich vor

Aus dem Fribourger Grossrat schaffte Johanna Gapany mit gerade 31 Jahren in einer spektakulären Art und Weise die Wahl in den Ständerat. Im Porträt erzählt sie, wofür sie kämpft und welche Gefühle sie beim Eintreten in die Hallen des Bundeshauses verspürt hat.

Ich bin im Kanton Fribourg geboren und lebe dort seit 31 Jahren. Nach dem Studium in Betriebsökonomie war ich schnell in das politische Leben meiner Stadt Bulle, zuerst als General-, dann als Gemeinderätin, eingebunden. Anschliessend wurde ich in den Grossen Rat berufen, und am 10. November wählte mich die Bevölkerung von Fribourg zur Ständerätin.

### Direkter Kontakt mit den Bürgern

Den Wahlkampf für den Ständerat empfand ich als sehr anspruchsvoll. Ich konnte viele wertvolle Erfahrungen machen und mein eigenes Netzwerk stärken. Ich mag die Menschen und habe es sehr geschätzt, Bürgerinnen und Bürger aus dem ganzen Kanton zu treffen. In meinem Programm habe ich versucht, den Menschen pragmatische Lösungen für die je nach Region unterschiedlichen Realitäten vorzuschlagen. Dann suchte ich den direkten Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern, um mich über ihre Sorgen auszutauschen. Schliesslich habe ich die Debatten mit meinen Gegnern erlebt. Das

war harte Arbeit, aber mit etwas Übung wurde es zu einer extrem interessanten Erfahrung.

### Kämpfen für Wahlfreiheit

Mich treibt der Wunsch an, die Welt, in der ich lebe, zu verstehen. Ich habe das Glück, in einem Land geboren zu sein, welches mir die Freiheit gab, zu wählen, was ich aus meinem Leben machen möchte. Diese Wahlfreiheit möchte ich auch den zukünftigen Generationen ermöglichen – dafür müssen wir kämpfen. Wir treffen heute die Entscheidungen, die morgen unsere Zukunft gestalten und die es den künftigen Generationen ermöglichen sollen, einmal ebenso gute, wenn nicht sogar bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen vorzufinden als wir heute.

### Meine Prioritäten

Besonders wichtig ist mir, dass unsere Gesetze den sich verändernden Realitäten angepasst werden: So brauchen wir dringend eine Reform der Altersvorsorge, die sich an den heutigen sozialen und wirt-

schaftlichen Lebensumständen orientiert und die die Solidarität zwischen den Generationen wirklich respektiert. Die jungen Menschen müssen darauf vertrauen können, dass die Altersvorsorge eines Tages auch für sie da ist und ihnen den Ruhestand ermöglicht. Wird dieses Versprechen nicht eingehalten, kommt das gesamte System aus dem Gleichgewicht.

Wenn ich von der Anpassung der Gesetze an die Realität spreche, denke ich dabei auch an die Besteuerung. Im Steuersystem besteht heute eine sehr «klassische» Vorstellung der Familie, obschon es viele Familienformen gibt. Die Individualbesteuerung würde alle gleich behandeln und wäre ein moderneres und gerechteres System.



Johanna Gapany: «Wir treffen heute Entscheidungen, die mogen unsere Zukunft gestalten.»

Gleichzeitig sind wir die Generation, die mit der Digitalisierung aufgewachsen ist und ihre Chancen sieht. Diese Chancen gilt es zu nutzen: wie in der Medizin, wo die elektronische Dokumentenverarbeitung Effizienz fördert oder bei der Mobilität, wo Digitalisierung ermöglicht, verschiedene Verkehrsträger auf einer Plattform zusammenzuführen und mit den vorhandenen Informationen die Bürger bei der Wahl der Verkehrsträger zu unterstützen.

### Die erste Session

Meine erste Session hat mir nun zunächst die Gelegenheit gegeben, meine Kolleginnen und Kollegen in der Fraktion und im Ständerat kennen zu lernen. Ich habe darauf geachtet, so viel Zeit wie möglich im Bundeshaus zu verbringen, um Kontakte herzustellen und zu verstehen, wie das Leben als Parlamentarier verläuft.

Als leidenschaftliche Politikerin muss ich zugeben, dass der Einzug ins Bundeshaus in mir starke Emotionen ausgelöst hat: Es mischten sich das ernste Gefühl der mit meinem Amt einhergehenden Verantwortung, die Begeisterung, unserem Land dienen zu dürfen, und die Genugtuung, nach einer Zeit intensiver Arbeit «angekommen» zu sein.

**Johanna Gapany, Ständerätin FR**

## Die Neugewählten stellen sich vor



# Bildung und Brückenschlag

Matthias Michel stellt sich vor

**Klassisch und doch nicht, so die politische Karriere von Matthias Michel:** Nach seiner 16-jährigen Tätigkeit als Zuger Regierungsrat erlebte er ein Zwischenjahr in der Kombination von Sprachaufenthalt, Velotour durch Italien, Hausmann und Wahlkämpfer. Nun ist er seit letzter Session im «goldenen Haus», der Bezeichnung seiner vier Kinder für das Bundeshaus.

In der Tat ist meine Familie mit meinem politischen Werdegang gewachsen, und die familiäre Verankerung ist mir wichtig. Das reflektiert sich auch in Kommentaren von Kindern. Nach meiner ersten Wahl in den Regierungsrat frohlockte unser damals sechsjähriger Sohn: Jetzt sei ich einer «wie der Herr Fiechter» (der Abwart unseres Dorfschulhauses), da ich «Chef der Schule» bzw. Bildungsdirektor wurde. Vier Jahre später wurde ich in den Augen der Kinder «Chef der Busse», da konnten sie sich mehr darunter vorstellen als unter «Volkswirtschaftsdirektor».

### Gesamtheitliche Wirtschafts- und Innovationspolitik

Sowohl als Bildungs- wie auch als Volkswirtschaftsdirektor trug ich im Kanton die politische Verant-

wortung für die Bereiche Bildung, Wirtschaft, öffentlicher Verkehr, Landwirtschaft und Sozialversicherungen. Dadurch wurde mein gesamtheitliches Verständnis von Wirtschaftspolitik geprägt, das auch soziale und ökologische Anliegen beinhaltet. Gerade die Bildung ist für unser Land in wirtschaftlicher wie sozialer Hinsicht ein elementarer Pfeiler. Abgesehen davon ist die Berufsbildung mit der Verbundpartnerschaft das bedeutendste Zusammenarbeitsfeld von Wirtschaft und Staat.

Bildung und Forschung sind auch Voraussetzungen für Innovation, die an der Schnittstelle von Wissenschaft und Wirtschaft und damit auch von Staat und Wirtschaft entsteht. Die positiven Zuger Erfahrungen dieses Zusammenwirkens von öffentlichen und privaten Trägern möchte ich auch auf Bundes-

ebene einbringen. Das jüngste Beispiel ist der Innovationspark Zentralschweiz mit seiner Trägerschaft aus Unternehmen, Kantonen und Hochschule. Hier trug ich mitentscheidende Verantwortung.

### Brückenschlag in den Rest der Schweiz

Es gehört wohl zur Eigenart eines kleinen Kantons wie Zug, dass man sich verstärkt mit seinen Nachbarn austauscht und gemeinsame Interessen sucht. Zug war schon seit jeher ein Brückenkanton und wurde im Jahr 1352 weniger aus eigenem Willen, sondern vielmehr zwecks Schaffung eines Binnenmarkts zwischen Zürich und Luzern von diesen regelrecht zum Bund gezwungen. Meinerseits schlug ich freiwillig Brücken und arbeitete von Anfang an an der Schaffung der Metropolitankonferenz Zürich mit. Sodann führte ich unseren Kanton in die Standortpromotion «Greater Zurich Area». Aktiv war ich sodann in der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) und in der Konferenz der Direktoren des öffentlichen Verkehrs als deren Präsident.



Matthias Michel war bei seinen Kindern als Regierungsrat «Chef der Busse».

### Brückenbauer im Ständerat

Meine erste Session in Bern habe ich dazu genutzt, über die Partei-, Kantons- und Sprachgrenzen hinaus Kontakte zu knüpfen. Unterstützend wirkt bereits mein Sitzplatz bei den drei Westschweizer FDP-Ratsmitgliedern, mit denen ich mich gerne in beiden Sprachen austausche. Inhaltlich möchte ich als Mitglied der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur mithelfen, dass die Schweiz innovativ und stark bleibt und dass sich konkret das Berufsbildungssystem entsprechend den Herausforderungen der Zukunft entwickelt. Mein Interesse und meine Erfahrung für Aussenbeziehungen – bisher interkantonal, neu international – bringe ich gerne in die Aussenpolitische Kommission ein.

**Matthias Michel, Ständerat ZG**

In eigener Sache

## Neuwahlen Parteivorstand

Statutengemäss werden der Präsident bzw. die Präsidentin samt den Vizepräsidenten und den Beisitzern an der zweiten DV im Jahr nach den Wahlen gewählt respektive im Amt bestätigt. Die Delegiertenversammlung vom 4. April 2020 wird die Wie-

derwahl der Präsidentin sowie die Wahl der Vizepräsidenten und Beisitzer vornehmen.

Alle Informationen finden Sie auf unserer Website: [www.fdp.ch](http://www.fdp.ch)

### Parolenspiegel

für die nächsten eidgenössischen Volksabstimmungen



NEIN

9. FEBRUAR 2020

Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen»  
(Mieterverbandsinitiative)



JA

9. FEBRUAR 2020

Änderung des Strafgesetzbuches und des  
Militärstrafgesetzes (Diskriminierung und Aufruf  
zu Hass aufgrund der sexuellen Orientierung)

## So nutzen Sie Augmented Reality im «Freisinn»!



Unsere Bilder sind  
jetzt mehr als Bilder –  
lassen Sie sie lebendig werden!



- 1 Laden Sie die Gratis-App «Xtend» für iOS + Android herunter.
- 2 Öffnen Sie im Hauptmenü die Funktion «AR SCAN».
- 3 Halten Sie die Kamera auf das mit **X** markierte Bild.

## AGENDA

9. Februar

Eidgenössische Volksabstimmung

4. April

Delegiertenversammlung in Biel

17. Mai

Eidgenössische Volksabstimmung

27. Juni

Delegiertenversammlung

27. September

Eidgenössische Volksabstimmung

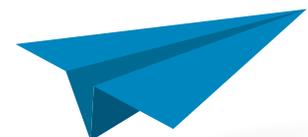
31. Oktober

Delegiertenversammlung

29. November

Eidgenössische Volksabstimmung

FDP  
Die Liberalen



Jetzt Newsletter abonnieren

Dieses Bild scannen und los gehts.

Herausgeberin / Redaktion / Inserate:

FDP.Die Liberalen | Postfach | 3001 Bern

T: 031 320 35 35 | F: 031 320 35 00

E: [info@fdp.ch](mailto:info@fdp.ch) | [www.fdp.ch](http://www.fdp.ch)

Layout:

CH Regionalmedien AG | [www.chregionalmedien.ch](http://www.chregionalmedien.ch)

Druck:

CH Media Print AG | [www.chmediaprint.ch](http://www.chmediaprint.ch)

# NEIN

zur Verstaatlichung des  
Wohnungsmarkts



Mieterverbands-  
initiative

# NEIN

9. Februar 2020

[mieterverbands-initiative-nein.ch](http://mieterverbands-initiative-nein.ch)